

All diese Punkte sind Teil des Koalitionsvertrages hier im Land. Wir haben diese Punkte auf der Bundesebene mit einer starken Stimme aus Nordrhein-Westfalen eingebracht. Deswegen komme ich zu dem Schluss:

Wir in Nordrhein-Westfalen werden unsere Ausbauziele erreichen – Punkt eins.

Wir werden die Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel setzen – Punkt zwei.

Und drittens sichern wir die Bezahlbarkeit von Energie für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Industrie im Sinne unseres Wirtschaftsstandortes.

(Beifall von der SPD)

Diese Landesregierung ist Schrittmacher der Energiewende. Es ist dringend Zeit, dass das auch in Berlin ankommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um eine Minute überschritten. Gibt es noch Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/4414, den **Einzelplan 14** unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 07
Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport**

Ich möchte einen Hinweis geben auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4407 zum Einzelplan 07.

Ich eröffne die Aussprache zum

**Teilbereich
Familie, Kinder und Jugend**

und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schaut man in diesen Entwurf, kommt einem gähnende Leere entgegen. Ich stelle in dem Haushaltsplanentwurf fest: keine Innovationskraft und keine Antworten auf die kinder- und jugendpolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit, obwohl das – das haben wir in der Enquetekommission mehrfach festgestellt – in der Kinder- und Jugendpolitik dringend nötig wäre.

Das stellen wir insbesondere fest, wenn wir die Bildungsinhalte, die dort vermittelt werden, betrachten.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wenn Sie aus diesem Haushaltsentwurf die Personalkostensteigerung, den investiven Teil der U3-Betreuung, Belastungsausgleichsgesetz und sonstige rot-grüne Spielwiesen herausrechnen, stellen Sie fest, dass dort kein einziger Euro frisches Geld vorhanden ist. Wir sprechen im Gegenteil von realen Kürzungen. Bezüglich des Landesjugendplans komme ich gleich nochmal darauf zurück.

Das heißt also, dass Sie so, wie Sie es planen, im Jahr 2014 die kinder- und jugendpolitischen Notwendigkeiten verpennen, die in Nordrhein-Westfalen zu erfüllen sind.

(Beifall von der CDU)

Sie verpennen die Möglichkeiten, die sie mit einer zukunftsorientierten Jugendpolitik hätten.

(Beifall von der CDU)

Auch an dieser Stelle: Ohne die Bundesunterstützung müssten Sie in der Kinder- und Jugendpolitik den Offenbarungseid leisten.

(Beifall von der CDU)

Der Gipfel der Verschleierung findet sich auch hier im Haushaltsplan: Die globalen Minderausgaben in Höhe von etwa 37,6 Millionen € bedeuten doch letztlich, dass Sie etwas versprechen und gleichzeitig genau wissen, dass Sie es nicht einhalten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Denn Sie müssen die 37,6 Millionen € erwirtschaften, Herr Kollege. Oder wollen Sie sagen – das Ministerium kann das nicht mal, aber Sie können es sicherlich –, wie Sie die 37,6 Millionen € erwirtschaften wollen?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sagen Sie es uns! Sagen Sie der Bevölkerung heute, wie Sie das machen wollen. 37,6 Millionen € sind mehr als ein Drittel der Mittel für den gesamten Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen. Wollen Sie vielleicht dort die Kürzungen vornehmen, oder kalkulieren Sie, wie das in einem Antrag der Piratenfraktion deutlich geworden ist, dort schon real die Kürzungen im Voraus ein?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Herr Kollege, bleiben wir einmal beim Kinder- und Jugendförderplan. Reine Überrollungen: Ihr eigenes Personal bekommt natürlich die tariflichen Lohnerhöhungen, aber im Jugendförderplan kalkulieren Sie diese Kostensteigerung nicht mit ein. Sie lassen damit die Träger alleine, und das führt natürlich zu erheblichen Qualitätsverlusten bis hin zum Personalabbau, der sich seit Jahren fortsetzt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Zur Sicherung der Struktur braucht die Jugendarbeit aber mehr Ressourcen und neue innovative Ideen vom Land. Hier bei Rot-Grün: Fehlanzeige.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Bevor Frau Asch hier wieder auf den Bund schimpft und wieder irgendetwas sagt: Weil Ihnen die Innovationskraft fehlt, reden Sie doch seit Monaten über etwas, was den Realitäten gar nicht mehr entspricht. Sie sind weit weg von dem, was eigentlich notwendig ist, und das müssen wir mit Erschrecken feststellen.

Meine Damen und Herren, das Familienzentrum loben Sie. Sie sagen, das sei eine hervorragende Arbeit. In Recklinghausen, bei der letzten Fachtagung, ist das auch ganz deutlich geworden: Auch da haben Sie alles gelobt. – Was tun Sie aber? – Sie bremsen den Ausbau, obwohl hier eigentlich ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden müsste. Das ist unverantwortlich.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]:
Das glaubt Ihnen doch nicht einmal Ihre eigene Fraktion!)

Über den U3- und den Ü3-Ausbau haben wir hier in vielen Debatten schon viel diskutiert. Die Probleme nehmen nicht ab, sondern sie nehmen jeden Tag zu. Anstatt zu handeln, machen Sie nichts. Sie nehmen die Probleme nicht ernst, Sie lassen die Eltern – Herr Kollege – an der Basis mit den Problemstellungen allein, und auch die Träger – das erleben wir im Land immer wieder – werden allein gelassen und verlieren die Lust an Investitionen in den U3- und den Ü3-Ausbau.

Ich stelle fest: Kindern werden in diesem Lande Chancen vorenthalten.

Wenn ich dann eine Frage ans Ministerium stelle – das ist schon interessant –, bekomme ich immer solche Antworten: Das wissen wir nicht, dazu können wir keine Zahlen liefern. – Wissen Sie überhaupt, wie die Realität in diesem Lande aussieht? – Das Ministerium kann es nicht sagen. Aber vielleicht werden die Vertreter der Regierungskoalition heute einige Aussagen dazu treffen können.

Dem stehen auch die Angaben des Statistischen Bundesamtes und ihres eigenen Unternehmens IT.NRW gegenüber. Die liefern ganz andere Zahlen, die die Realität mehr abbilden. Sie dagegen erzäh-

len uns etwas, was anscheinend nur ein Wunschtraum ist, aber nicht der Realität entspricht.

Im Ergebnis stelle ich fest: In der frühkindlichen Bildung führen Sie von Rot-Grün ein Schiff ohne Steuerermann und ohne klare Route.

(Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie, wenn Sie im Sinne von Kindern und Jugendlichen entscheiden, diesen Haushaltsplan wie ich ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die SPD-Landtagsfraktion spricht Herr Abgeordneter Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir diese Reden dokumentieren. Ich werde sie herausnehmen und in die Landschaft verschicken, damit auch die Akteure der frühkindlichen Bildung und die Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen des Landesjugendplans arbeiten, sie bewundern können. Unvorstellbar, von keiner Fachkenntnis getrübt, kein Realitätsbezug!

(Beifall von der SPD)

Ich will versuchen, ein bisschen Klarheit hineinzubringen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Wir haben seit 2010, lieber Kollege Tenhumberg, lieber Bernhard, den Etat von 1,7 Milliarden auf 2,6 Milliarden € vergrößert – das nur mal als Fakt.

(Beifall von der SPD)

Alle Qualitätsverbesserungen, die wir beschlossen haben – im U3-Bereich, beim Personaleinsatz –, haben wir gegen den erklärten Willen der CDU durchgesetzt.

(Beifall von der SPD und Andrea Asch [GRÜNE])

Und Sie stellen sich dann hierhin und ignorieren, was wir im U3-Ausbau geleistet haben!

Dieser Ausbau war eine spannende Herausforderung. Ich selber war mir auf der Strecke nicht klar, ob wir das wirklich hinkriegen. Aber wir haben es geschafft. Die Klagewellen, die Sie beschworen haben, sind alle im Sande verlaufen. Wir – vor allen Dingen Frau Schäfer und ihr Ministerium; ich sehe hier Herrn Walhorn – haben da eine großartige Arbeit geleistet. Das kann sich wirklich sehen lassen.

Wir als Parlament haben die finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt – eine wunderbare Geschichte – für die Dynamisierung im U3-Ausbau.

(Beifall von der SPD)

Wir haben die Qualität gesteigert. Wir haben die Eltern gegen Ihren erklärten Willen entlastet und so für mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit zwischen denen, die keine Kinder haben, und denen, die Kinder haben, gesorgt. Auch das ist, wie ich finde, eine hervorragende Entwicklung in diesem Land.

Wir hören jetzt aber nicht auf, wir ruhen uns nicht auf unseren Lorbeeren aus, sondern wir werden in einem zweiten Schritt der KiBiz-Revision noch einmal erheblich investieren, rund 100 Millionen €. – Lieber Bernhard Tenhumberg, man muss einen Haushalt auch lesen können; das ist eine Grundvoraussetzung.

(Beifall von der SPD)

Es ist etatisiert.

Wir werden beispielsweise einen Sozialindex einführen, und zwar zusätzlich, weil wir wissen, dass die Erzieherinnen und Erzieher, die in besonders schwierigen sozialen Gemengelagen in ihrem Stadtteil arbeiten, einfach mehr Hilfe brauchen. Da werden wir zusätzliches Geld zur Verfügung stellen.

Wir werden eine Pauschale für die Über-Mittag-Betreuung zur Verfügung stellen, weil wir wissen, dass es da häufig brennt und großer Druck besteht, weil die Kolleginnen und Kollegen die Kinder mittags versorgen und anschließend – selbst als Leitung der Einrichtung – in der Küche stehen und spülen. Da werden wir Entlastung schaffen.

Wir werden auch viele andere Dinge regeln. Wir werden Delfin 4 abschaffen und endlich eine vernünftige Sprachförderung ins Gesetz aufnehmen.

Außerdem werden wir den Bildungsbegriff ausführlich klären, denn das KiBiz hatte mit Bildung bislang rein gar nichts zu tun.

Sie sehen, wir ruhen uns nicht aus. Wir gehen den nächsten Schritt und nehmen noch mal richtig viel Geld in die Hand. Ich bin auf das Abstimmungsverhalten Ihrer Fraktion gespannt.

Wir haben allerdings auch festgestellt – Bernhard Tenhumberg, ich hätte das jetzt eigentlich nicht gesagt; aber ich fühle mich nun doch sehr provoziert –, wie denn die Richtung der CDU ist, was von ihr gepredigt und was von ihr in die Realität umgesetzt wird.

Ich war mit einigen Kolleginnen und Kollegen auf einer jugendpolitischen Veranstaltung. Dort habe ich gesagt: Die CDU hat in ihrem Zukunftssparprogramm – wie Herr Laumann gesagt hat – über alle Landesförderprogramme hinweg eine Kürzung von 20 % gelegt. Herr Tenhumberg hat da erklärt – sehr geehrter Herr Laumann, wenn Sie mal kurz zuhören würden –, diese 20 % würden für alle Bereiche gelten außer für den Landesjugendplan.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigung, Herr Kollege. Der von Ihnen gerade ange-

sprochene Kollege Tenhumberg möchte Ihnen gerne eine Frage stellen.

Wolfgang Jörg (SPD): Ja. Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege Wolfgang Jörg. – Da Sie ja den Haushaltsplan so gut kennen: Würden Sie bitte Ihre Behauptung belegen, wo das Geld, das Sie für die Über-Mittag-Betreuung in die Hand nehmen wollen, im Haushaltsplan etatisiert ist?

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Tenhumberg, das kann ich gerne machen. Ich habe es jetzt in der Tat nicht im Kopf.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Das ist ein großer Packen. Aber, Herr Tenhumberg, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ich habe dennoch eine Antwort. Denn nach mir spricht noch die Ministerin. Die wird Ihnen die entsprechende Seite und Spalte nennen können. Ich habe das jetzt nicht vorliegen; das ist doch wohl nachvollziehbar.

Aber: Ich habe Herrn Laumann eine Frage gestellt, auf die ich jetzt zurückkommen möchte. – Herr Tenhumberg hat also erzählt, der Landesjugendplan würde von den Kürzungen ausgenommen. Was stimmt denn jetzt, Herr Laumann? Stimmt das, was Sie der Presse erklärt haben, dass Sie eine 20%ige Kürzung über alle Landesprogramme legen, womit Sie einen Betrag von x Millionen an Einsparungen erzielen würden, oder stimmt das, was Herr Tenhumberg sagt, nämlich dass der Jugendbereich ausgenommen ist?

Ich komme zu einer zweiten Unklarheit, die die CDU in ihrer Ausrichtung hat. Auf der einen Seite erklären Sie, Sie wollten das letzte beitragsfreie Kindergartenjahr zurücknehmen. Im Wahlkampf haben Sie noch etwas völlig anderes gesagt. Jetzt sagen Sie: Die 150 Millionen € sparen wir ein. – Ihr familienpolitischer Sprecher Tenhumberg erklärt auf einer großen Veranstaltung in Wuppertal: Nein, das Geld wird nicht eingespart, sondern das Geld wird investiert in die Qualität des U3-Ausbaus bzw. des Elementarbereichs.

Wer hat denn jetzt recht, Herr Laumann? Klären Sie bitte hier und heute, ob Sie mit Ihren Sparvorstellungen recht haben oder ob Herr Tenhumberg recht hat, dass darin nämlich so viele Ausnahmen enthalten sind, dass das Sparpaket gar nicht in der Weise zieht, wie Sie das hier vorgestellt haben.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Jörg, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Bei der Gelegenheit gebe ich Ihnen den Hinweis, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist. Frau Kollegin Scharrenbach würde Ihnen aber gerne eine Zwischenfrage stellen.

Wolfgang Jörg (SPD): Ja, Frau Scharrenbach. Sehr gern.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die werden Sie zulassen?

Wolfgang Jörg (SPD): Ja natürlich, Frau Scharrenbach.

Ina Scharrenbach (CDU): Vielen Dank, Herr Jörg. – Ich helfe Ihnen gerne weiter, was die Etatisierung der Mittel für Hauswirtschaftskräfte anbetrifft: Die finden Sie mit in der Titelgruppe 99 mit 82,5 Millionen €. Das ist zwar der größte Posten. Aber offensichtlich reicht Ihre Haushaltskenntnis nicht, das herauszufinden.

Zu meiner Frage. Sie als SPD und Grüne haben mehrfach lautstark angekündigt, das Kinderbildungsgesetz vollständig zu novellieren. Jetzt kommt wieder nur ein Änderungsgesetz. Was wird eigentlich aus Ihrer Ankündigung einer vollständigen Novelle?

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Scharrenbach, ich finde das ein bisschen peinlich von Ihnen. Ich habe den Haushalt nicht vorliegen. Natürlich bin ich im Haushalt orientiert. Aber darauf zu bestehen, hier jetzt Seitenzahl und Titel zu nennen, und daran meine Haushaltskenntnis festzumachen, ist sehr armselig und übersichtlich.

(Beifall von der SPD)

Dadurch fühle ich mich intellektuell nicht besonders herausgefordert.

Wir haben immer gesagt: Wir werden eine grundlegende Revision des KiBiz vornehmen. Das werden wir Schritt für Schritt machen. Wir werden die Akteure mitnehmen, wir werden die Träger mitnehmen. Wir lassen von unseren Zielen nicht ab. Wir machen immer das, was finanziell möglich ist, weil wir im Gegensatz zu Ihnen eine solide Haushaltspolitik machen. Auf der einen Seite investieren wir in die Zukunft unserer Kinder, auf der anderen Seite sparen wir in Bereichen, von denen wir glauben, dass wir das im Haushalt verkraften können.

Also, kurzum: Es ist ein Haushalt, der zukunftsgerichtet ist. Die CDU hat kein familienpolitisches Konzept. Es bleiben viele Fragen Ihrer Sparpolitik offen. Sie sind sich offenbar selber nicht einig: spa-

ren etwas ein, investieren etwas. Zum Landesjugendplan habe ich auch keinen Antrag gesehen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Denken Sie an Ihre Redezeit.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank. Ich finde es besonders nett, dass gerade Sie mich darauf aufmerksam machen, weil ich mich noch an Situationen erinnere, wo es Minuten gedauert hat, bis Sie diesen Platz geräumt haben. Das aber nur am Rande.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Lieber Herr Kollege, das ist keine Debatte, die wir führen sollten. Sie haben Ihre Redezeit jetzt um mehr als eine Minute überzogen.

(Zuruf von der CDU)

Das heißt, ich handhabe das ganz bewusst mit enormer Großzügigkeit. Ich darf Sie nur bitten, damit die Verabredungen zwischen den Fraktionen nicht völlig aus den Fugen geraten, Ihre Rede jetzt wirklich zu beenden, bei aller Großzügigkeit.

(Beifall von der CDU)

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident, da haben Sie auch wirklich recht. Ich beende das. Nur: Sie sind damals nach einer Minute Überziehung erst gerade richtig warm geworden. So ändern sich die Zeiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Daniel Sieveke [CDU]:
Das ist eine Unverschämtheit!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei solch einem Vorredner ist es natürlich schwierig, Brücken zu bauen, da probiert wird, die an anderer Stelle wieder einzureißen. Ich möchte dann aber doch zu der inhaltlichen Ausführung des Haushaltsplans Stellung nehmen.

Wir reden hier über einen Einzelplan, der meines Erachtens zu Recht keinen Kürzungen unterliegt. Wir sind uns einig, dass bei fairen Chancen für alle Kinder nicht gespart werden darf. Dass der Einzelplan insgesamt aufgestockt wird, ist angesichts der großen Aufgaben beim U3-Ausbau und einer notwendigen Qualitätsverbesserung richtig.

Wir kritisieren allerdings den immer gleichen Ansatz von Ihnen. Sie verweigern sich der Priorisierung. Bei vernünftiger Schwerpunktsetzung könnten wir viel mehr Mittel in die wichtigen Projekte investieren.

Das wäre dann auch die Abkehr von Ihrer insgesamt verfehlten Schuldenpolitik.

Bestes Beispiel dafür ist das beitragsfreie Kindergartenjahr, in dessen Finanzierung jedes Jahr 150 Millionen € fließen, die an anderer Stelle fehlen.

Wir haben es immer gesagt: Wir können nicht das Wünschenswerte machen, wir müssen erst einmal das Notwendige tun. Wir sehen doch, dass das Notwendige, nämlich die Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung, ausbleibt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kein Kind zusätzlich geht in den Kindergarten aufgrund Ihres beitragsfreien Kindergartenjahres.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es wird keine Erzieherin zusätzlich eingestellt, und es wird auch keine Erzieherin besser bezahlt. Die Flexibilität in den Kindergärten wird nicht verbessert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt dadurch auch nicht voran.

Das sind meines Erachtens aber die wichtigsten Baustellen.

Noch immer haben viele Eltern Probleme, einen Betreuungsplatz zu finden – vor allem einen, der ihnen in der Lebensplanung flexibel entgegenkommt. Familie und Beruf parallel zu bewerkstelligen ist immer noch ein Problem.

Die Erzieherinnen in den Einrichtungen leisten großartige Arbeit, aber unter schwierigen Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen müssen Sie anpacken. Sie tun es bislang nicht.

Der Entwurf für Ihre KiBiz-Reform liegt bis heute nicht vor. Die ist nun seit über drei Jahren angekündigt. Dazu haben Sie immer gesagt, wie schlimm alles sei. Dann legen Sie nun bitte endlich einen Entwurf vor, wie alles besser werden soll, damit wir endlich wissen, wohin die Reise gehen soll, und damit wir endlich über den richtigen Weg diskutieren können.

Aber Klarheit ist wohl insgesamt nicht so Ihr Ding. Wir kriegen hier jetzt einen Einzelplan vorgelegt, Frau Ministerin, der in vielem eine Blackbox darstellt. Sie wollen hier eine Zustimmung zur Mittelerhöhung, ohne dass klar ist, wohin genau das Geld gehen soll. Sie wollen 82 Millionen € zusätzlich für die frühkindliche Bildung bereitstellen. So weit – so gut. Ich könnte mir viel Sinnvolles vorstellen, was man damit finanzieren kann. Aber ein Haushalt ist keine Baustelle der Fantasie, sondern Inbegriff von Planung und klarer Schwerpunktsetzung. Wofür genau sollen diese Mittel nun eingesetzt werden? Offenbar sollen 42 Millionen € – Pi mal Daumen – für die nächste Evaluationsstufe des KiBiz eingesetzt werden, 40 Millionen € für die Weiterentwicklung der Sprachförderung. Alles schön und gut. Aber wie soll das konkret aussehen? Wo fließt das Geld im Ergebnis hin?

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie erwarten hier von uns einen Freifahrtschein, ohne dass wir wissen, welches Konzept dahintersteht. Jetzt soll nach langem Warten und Ankündigungen endlich etwas passieren – und dann steht immer noch nicht fest, was genau Sie da vorhaben. Ich finde, das ist ein merkwürdiges Verfahren und absolut intransparent. Das Parlament kann hier und heute keine Blackbox beschließen.

Unkonkret bleibt es auch bei der Frage: Wie geht es weiter mit dem U3-Ausbau? Sind wir nun fertig mit dem Ausbau? – Ich kann mir das kaum vorstellen. Im Haushalt 2014 planen Sie aber keine weiteren eigenen Landesmittel ein. Es gibt zwar einen Verwendungsvermerk, der die Übertragung der Mittel ins nächste Jahr zulässt, aber frische Mittel, zusätzliche Mittel stellen Sie nicht ein. Wenn nun eine Kommune Mitte des Jahres neue Investitionsmittel benötigt, gibt es nichts. Denn Ihre alten Landesinvestitionsmittel müssen bis dahin mit einer rechtverbindlichen Erklärung belegt sein und sind nicht mehr disponibel.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Warum haben Sie das nicht beantragt?)

Wir glauben, dass der U3-Ausbau mit neuen Landesmitteln weitergehen muss.

(Beifall von der FDP)

Deshalb schlagen wir vor, den Bereich U3-Ausbau in der Titelgruppe 99 mit den Mitteln aus den GTK-Rücklagen zusätzlich zu füllen.

Das Fazit dieser Debatte ist: Sie haben viele Chancen verpasst, weil Sie nicht vernünftig Prioritäten setzen. Viele Ankündigungen stehen im Raum. Vieles ist immer noch unklar. Es gibt viele Baustellen, die dringend angegangen werden müssen, damit Nordrhein-Westfalen tatsächlich ein familienfreundliches Land wird.

Deswegen wünsche ich mir, dass wir diesen Haushalt hier ablehnen, eine vernünftige Haushaltspolitik mit Prioritätensetzung machen und die KiBiz-Vorschläge abwarten, damit wir wissen, wie viel Geld im Ergebnis eingestellt werden muss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich das Wort Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein besonderer Gruß gilt den Besucherinnen und Besuchern auf den Tribünen. Ich glaube, alle konnten hier erleben, wie hilflos die Opposition und insbesondere die CDU-Fraktion in

ihrer Kritik an diesem Einzelplan ist. Es wird verzweifelt nach Gründen gesucht, diesen Plan abzulehnen. Aber die Kritik von Herrn Tenhumberg, das haben wir erlebt, bleibt letztlich völlig substanzlos.

(Beifall von der SPD)

Sie haben vor allen Dingen keinerlei Gestaltungsvorschläge, keinerlei Ideen, keinerlei substantielle Haushaltsanträge, mit denen Sie Ihre Positionen und Ihre vermeintliche Kritik unterlegen können.

Wir als Rot-Grün können uns also zusammen mit unserer Landesregierung in unserer Politik für Kinder, Jugendliche und Familien bestätigt fühlen.

Eines kann man der CDU-Fraktion allerdings nicht durchgehen lassen – das sage ich ganz klar –, nämlich einerseits mit ihrem sogenannten „Zukunftsprogramm für stabile Landesfinanzen“ ein Einsparvolumen von 900 Millionen € vorzusehen, um sich hier als große Haushaltskonsolidierer zu gerieren, und andererseits nicht klar zu sagen, auf welchem Rücken und zu welchen Kosten diese Einsparungen vorgenommen werden sollen.

(Beifall von der SPD)

Wenn man sich das genauer ansieht, fragt man sich: Wer muss denn die Zeche zahlen? Das sind die Familien, die Jugendlichen und die Kinder in diesem Land.

(Widerspruch von Walter Kern [CDU])

An ihnen will die CDU-Fraktion sparen. Das ist die bittere Wahrheit dieses Konsolidierungsvorschlags der Opposition.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Walter Kern [CDU])

20 % der von Ihnen geforderten Fördermaßnahmen treffen vor allen Dingen die Leistungen für Kinder, Familie und Jugend. Ich zähle Ihnen das im Einzelnen auf: Das trifft die Schulkinderbetreuung mit 20 % weniger Plätzen im OGS-Bereich, das trifft die Familienhilfe, das trifft die dringend notwendigen Erziehungsberatungsstellen. Die statten wir besser aus, als Sie es jemals getan haben, nämlich mit 4,5 Millionen € mehr, seitdem wir die Regierung übernommen haben. Sie wollen das Geld wieder streichen. Das ist eine unsägliche Politik, die den Familien in den Rücken fällt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen die Schuldnerberatungsstellen streichen.

Auch beim Projekt „Elternstart“, das gerade bei den bildungsfernen Schichten und den besonders benachteiligten Kindern wirkt, wollen Sie den Rotstift ansetzen.

Eine Sache finde ich besonders bitter: Auch die Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch und die Kinderschutzambulanzen sind betroffen. Wir haben in der vorletzten Plenarsitzung und in der darauffol-

genden Anhörung erlebt, dass Sie wohlfeile Anträge zum Kinderschutz stellen. Aber dann, wenn der Kinderschutz mit Geld unterlegt werden muss, kneifen Sie und schlagen die Substanz weg. Das ist verlogen; das kann man nicht anders bezeichnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Liste kann genau so weitergeführt werden. Die Zufluchtsstätten für Mädchen, die von Zwangsheirat betroffen sind, das ehrenamtliche Engagement, das der CDU ja angeblich so viel wert ist – überall 20 % weniger. Das ist CDU-Politik, meine Damen und Herren.

Und eines ist ganz klar – danach muss man Herrn Laumann auch gar nicht fragen, denn er weiß es selber –: Betroffen ist auch der Kinder- und Jugendförderplan. Und das finde ich besonders perfide. Da wollen Sie 14 Millionen € wegschlagen.

Bei öffentlichen Veranstaltungen von Jugendverbänden hat Herr Tenhumberg neulich gesagt – ich konnte das erleben –: Nein, von unseren Kürzungen sind die Jugendverbände, ist die Jugendverbandsarbeit nicht betroffen.

(Zustimmung von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Er hat im Gegenteil gefordert, noch mehr Geld draufzutun. Herr Kern hat das genauso gemacht. – So geht das nicht.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Man kann nicht draußen populistisch irgendetwas fordern und falsch darstellen, während man hier intern Haushaltsanträgen zustimmt, die der Jugend das Geld wegschlagen. Das ist keine seriöse Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Walter Kern [CDU])

Die CDU hat in ihrer Regierungszeit auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen gespart. Jetzt setzen Sie genau diese falsche Politik in der Opposition fort.

Wir von Rot-Grün machen das anders. Wir zeigen, dass wir mit diesem Haushalt Kinder und Jugendliche tatsächlich in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Wir stärken die Familien, wir stärken die Kindertagesstätten mit 110 Millionen €. Das ist genau die Stelle, die Sie im Haushalt gesucht haben. Wir geben im nächsten Jahr mehr Geld ins System, 100 Millionen €, um die Qualität und die Arbeit der Kitas zu stärken. Denn uns sind die Kitas wichtig. Sie sind das Fundament für jede Bildungsbiografie. Wir wollen die Einsparungen, die dort von der CDU/FDP-Regierung vorgenommen wurden, zurücknehmen.

Wir sind stolz darauf, dass wir mit der Pro-Platzfinanzierung der Kitaplätze an zweiter Stelle hinter Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich der

Flächenländer stehen. Diese Leistung kann sich sehen lassen.

Auch das sei gesagt: Pro Jahr finanzieren wir 100 Familienzentren zusätzlich; Herr Tenhumberg, vielleicht sollten Sie das im Haushalt noch mal nachlesen. Wir tun es dort, wo sich besonders viele benachteiligte Kinder in den Quartieren befinden.

Meine Damen und Herren, bei dieser Landesregierung sind Kinder, Familien und Jugendliche in guten Händen. Das zeigt dieser Haushalt ein weiteres Mal auf sehr eindrückliche Art und Weise.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Düngel das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Asch hat gerade von „sehr eindrücklich“ gesprochen mit Blick darauf, was Rot-Grün, was die Landesregierung für Kinder und Jugendliche in diesem Land tut.

(Zuruf von der SPD: Das finden wir auch!)

Naja. An der einen oder anderen Stelle sehen wir das ganz sicher auch so. Frau Asch, Sie wissen, dass wir als Piratenfraktion durchaus Punkte in der Politik der Landesregierung finden, die wir sehr gerne unterstützen. Aber wir können nicht per se einen Freifahrtschein ausstellen.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich möchte auf einige Dinge eingehen. Ich fange mit dem Kinder- und Jugendförderplan an. Wir als Piratenfraktion haben einen Änderungsantrag eingereicht, den Kinder- und Jugendförderplan um 5 Millionen € zu erhöhen. Warum haben wir das getan? Ich habe das im Ausschuss schon erläutert. Im Kinder- und Jugendförderplan stehen rund 100 Millionen € zur Verfügung. Die Vergangenheit zeigt, dass diese 100 Millionen € nicht vollständig ausgeschöpft werden.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Zuletzt waren es 96 Millionen €. Ich kann mich erinnern: In einer Ausschusssitzung hat Herr Walhorn gesagt, das sei eine Punktlandung und nicht weiter zu optimieren. – Wir greifen genau diese Stelle auf und sagen: 100 Millionen € für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land sind von der Landesregierung geplant. Wir möchten, dass diese 100 Millionen € tatsächlich dort ankommen, wo sie hinsollen. Dafür wollen wir den Kinder- und Jugendförderplan um 5 Millionen € erhöhen, um diese Lücke auszugleichen.

Wir haben gerade schon gehört, dass wir in den letzten Wochen bei verschiedenen Veranstaltungen

gemeinsam unterwegs gewesen sind. Da haben wir auch immer wieder gehört – zuletzt quasi im „Wohnzimmer“ von Wolfgang Jörg in Hagen –, dass die Jugendverbände darüber klagen, dass Personal- und Sachkosten steigen. Wenn der Kinder- und Jugendförderplan nun kontinuierlich bei rund 100 Millionen € bleibt, ist den Verbänden also nicht geholfen. Wir müssen diese Problematik aufgreifen und diesen Ansatz etwas erhöhen, damit der Anstieg der Personal- und Sachkosten an dieser Stelle ausgeglichen werden kann.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, eines kann ich natürlich nicht so im Raum stehen lassen, das wissen Sie: Wir haben gerade wieder etwas zur Beitragsfreiheit gehört und kennen den entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion. – Geschenk! Sie wissen, wie wir dazu stehen. Der ist völliger Blödsinn. Wenn ich meine Gefühlsregungen dazu äußern müsste, müsste mein lieber Herr Kollege Vizepräsident mich dafür leider rügen. Das sparen wir uns an dieser Stelle.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Schade!)

Ich werde die Worte, die dazu in meinem Kopf herumgeistern, nicht erwähnen.

Trotzdem habe ich die Bitte: Lassen Sie uns aufhören, den Menschen draußen zu sagen, wie wichtig uns frühkindliche Bildung ist, und dann Kindergartenbeiträge zu erheben! Das funktioniert nicht, das passt einfach nicht zusammen. Oder wir stufen frühkindliche Bildung auf eine Betreuungsform herab – dann können wir das gerne machen, dann nehmen wir Geld dafür, dass die Kinder irgendwo betreut werden. Dann ist das in Ordnung, Kindergartenbeiträge sind dann richtig. Wenn Kindergarten für uns aber wirklich den Stellenwert frühkindlicher Bildung hat, dann muss diese Bildung auch kostenfrei sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege.

Daniel Düngel (PIRATEN): Bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter Hafke möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Daniel Düngel (PIRATEN): Ja, aber selbstverständlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Dann legen Sie los, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. Das freut mich. – Wir führen hier ja immer spannende Debatten zu diesem Thema. Ich glaube, in diesem Haus ist vom Prinzip her jeder für den beitragsfreien Kindergarten. Aber man kann Geld ja nur einmal ausgeben. Wir wissen, wir haben im Moment einen Schuldenhaushalt, der in die Milliarden geht. Wir geben jetzt 150 Millionen € schuldenfinanziert aus, ohne dass die Qualität an irgendeiner Stelle verbessert wird. Oder können Sie mir erklären, wie viele Erzieher dadurch zusätzlich eingestellt werden, wie viele dadurch besser bezahlt werden, inwieweit die Flexibilität besser geworden ist?

Mich interessiert, wie die Piraten dazu stehen, das vernünftig gegenzufinanzieren. Also: Über welchen Weg soll das finanziert werden? Vielleicht gibt es ja einen guten Vorschlag dazu.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das war mindestens eine Frage, Herr Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Ja, das war mindestens eine Frage. – Ich antworte aber sehr gerne, lieber Marcel Hafke.

Ich kann im Großen und Ganzen das unterschreiben, was du hier gerade in deiner Rede erwähnt hast. Das letzte beitragsfreie Kindergartenjahr führt natürlich nicht dazu, dass mehr Erzieherinnen eingestellt werden. Es führt auch nicht zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich hatte versucht, das gerade darzustellen. Es geht um das Selbstverständnis frühkindlicher Bildung. Ich spreche für meine Fraktion, wenn ich sage, dass Bildung auf allen Stufen – egal, ob im Kita-Bereich, in der Schule oder an der Uni – grundsätzlich beitragsfrei sein soll.

Die Finanzierungsfrage ist natürlich spannend. Ich sehe Quantität und Qualität des Ausbaus gleichwertig zu der Beitragsfreiheit. Wir haben hier zuletzt über unseren Antrag auf Festlegung der Beitragsfreiheit im KiBiz debattiert. Frau Ministerin Schäfer hat im Plenum dazu gesagt: Wir brauchen dafür Geld vom Bund. Das möchte ich unterschreiben: Dafür brauchen wir Geld vom Bund.

Ich hatte die Hoffnung – ich bin manchmal gerne naiv –, dass sich in den Verhandlungen zu einer Großen Koalition in Berlin die Partei, die daran beteiligt ist und auch hier im Landtag Koalitionsfraktion ist – es ist keine ganz kleine Fraktion –, irgendwie bemerkbar machen würde. Das allerdings war tatsächlich äußerst naiv. Denn wenn man den Koalitionsvertrag liest, merkt man an vielen Stellen, dass die soziale Handschrift etwas unleserlich ist – wie gestern jemand auf Twitter schrieb. Das möchte ich an dieser Stelle einfach so stehen lassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich habe eben schon daran erinnert, dass Frau Ministerin Schäfer hier mal geäußert hat: Wir brauchen mehr Geld vom Bund. – Frau Ministerin Schäfer, versuchen Sie, auf diesem Weg weiterzugehen. Wir stehen hinter Ihnen. Aber bitte belassen Sie es nicht bei Parolen. Schieben Sie nicht dem Bund die Schuld in die Schuhe. Das wird nämlich ein bisschen schwierig, wenn Ihre Partei nun Regierungsverantwortung auf Bundesebene tragen will. Das wird eine spannende weitere Debatte, auf die wir uns dann einstellen können.

Wir werden den Einzelplan 07 in der Gesamtheit und auch in Bezug auf die beiden anderen Teilbereiche, über die wir gleich noch debattieren werden, ablehnen. Wir finden zwar viele Übereinstimmungen; das hatte ich eben schon erwähnt. Wir finden aber auch Lücken. Einige davon sind angesprochen worden. Wir haben gerade schon über das KiBiz geredet. Wir werden dazu wahrscheinlich in zwei Wochen einen Entwurf zu sehen bekommen. Irgendetwas ist dafür jetzt schon im Haushalt enthalten. Herr Kollege Hafke hat eben versucht, das darzustellen. Konkret wissen wir aber nichts. Ich halte das für mit der heißen Nadel gestrickt und für keine sinnvolle Verfahrensweise. Es fehlen konkrete Informationen, um beurteilen zu können, wie die Gelder im Haushalt konkret verwendet werden sollen.

Insofern wird meine Fraktion den Einzelplan 07 ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann wohl mit Fug und Recht sagen, dass in keinem anderen Politikfeld des Landes Nordrhein-Westfalen die Angriffe der Opposition so ins Leere laufen wie bei diesem.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist in der heutigen Debatte noch mal sehr deutlich geworden.

Seit 2010 ist in diesem Bereich überdurchschnittlich viel investiert worden. Das ist auch ein Merkmal für die Bedeutung eines Politikfeldes.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Haushalt stellt das klar unter Beweis. In den Kapiteln 07 030 und 07 040 stellen wir 2014 einen Gesamtbetrag in Höhe von 2,6 Milliarden € zur Verfügung. Damit ist dieser Bereich seit 2010 um 837 Millionen € angewachsen. – Herr Tenhumberg,

da von gähnender Leere zu sprechen ist geradezu grotesk.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Auch in der Familienpolitik setzen wir 2014 unseren klaren Kurs fort. Für dieses Kapitel stehen 202 Millionen € zur Verfügung. Wir engagieren uns mit Nachdruck weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen Familien entlasten und im Alltag stärken durch gute Kinderbetreuung, durch Familienbildung und durch vielfältige Beratungsangebote.

Es wird in dieser Legislaturperiode erstmals einen Familienbericht geben, den wir im Dialog mit allen Beteiligten erarbeiten. Ich möchte noch einmal betonen: Der dialogorientierte Ansatz ist wirklich ein Merkmal unserer politischen Arbeit.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Genau!)

Ein Schwerpunkt bleibt natürlich die frühkindliche Bildung. Allein dieser Bereich umfasst im Haushalt rund 2 Milliarden € und weist ein Plus von 5,9 % auf.

Wir haben im laufenden Kindergartenjahr einen Etappensieg erzielt, indem wir in Nordrhein-Westfalen 145.000 Plätze zum 1. August 2013 zur Verfügung stellen konnten. Das ist ein Riesenerfolg für die Kommunen, die Träger und damit letztlich auch für das Land.

(Beifall von der SPD)

Entgegen allen düsteren Prognosen und aller Schwarzmalerei, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP und manchmal auch von den Piraten, haben wir das in Nordrhein-Westfalen geschafft. Wir haben keine Klagewelle bekommen, sondern wirklich etwas für die Familien in Nordrhein-Westfalen geleistet.

(Marcel Hafke [FDP]: Es gibt immer noch genug Familien, die keinen Betreuungsplatz haben!)

– Herr Hafke, es hat jeder einen Rechtsanspruch. Es möge jeder damit zu einem Jugendamt gehen. Ich weiß, wie sehr sich die Jugendämter um diese Eltern kümmern. Sie machen alles, was möglich ist. Es gibt keine Klagewelle, aber man kann klagen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das scheint Herr Hafke zu bedauern!)

Seien Sie unbesorgt: Es geht weiter. Wir wissen natürlich, dass der Bedarf nicht gedeckt ist. Ein Angebot schafft bekanntlich weiteren Bedarf. Dafür treffen wir Vorsorge. Wir haben in diesem Kindergartenjahr weitere Plätze, aufwachsend auf 157.000, geplant. Ich freue mich sehr, dass heute der Bundestag und morgen der Bundesrat eine Verlängerung der Mittel beschließen wird, die der Bund zur Verfügung gestellt hat. Das stand sehr auf der Kippe. Es hat einen Konsens gegeben. Das ist gut für

alle, die jetzt gerade noch Kindertageseinrichtungen bauen.

Im Übrigen kann ich Ihnen auch sagen – das habe ich Ihnen schon einmal erklärt –: Im Belastungsausgleich sind auch investive Mittel vorgesehen, so dass man auch von diesem Geld neue Plätze bauen kann. Um noch einmal auf den Koalitionsvertrag in Berlin zu kommen: Darin steht ein drittes Investitionsprogramm für Kindertageseinrichtungen für U3-Plätze.

Jetzt komme ich zu den Kommunen, die wir über den Konnexitätsausgleich verlässlich unterstützen. Warum haben wir diesen Konnexitätsausgleich gemacht? Weil CDU und FDP die Kommunen haben im Regen stehen lassen, als es um den U3-Ausbau ging.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Das stimmt nicht!)

Jetzt kommt Herr Tenhumberg daher und bezeichnet das als rot-grüne Spielwiese? Dazu fällt mir nun wirklich gar nichts mehr ein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir investieren 1,2 Milliarden € bis zum Jahr 2018 an Landes- und Bundesmitteln gemeinsam. Ich glaube, das spricht eine ganz deutliche Sprache.

Jetzt geht es um die Weiterentwicklung in der Qualität. Quantität ist die eine Sache, Qualität die andere. Das ist der nächste Schritt, den wir jetzt vorhaben. Deswegen wird es eine weitere KiBiz-Revision geben. Ich muss schon ein bisschen staunen, dass Sie sagen, dass 82 Millionen € im Haushalt stehen – übrigens in Titelgruppe 99, Herr Tenhumberg. Schauen Sie einfach mal hinein; dort finden Sie das. Sie sprechen im Zusammenhang mit den 82 Millionen € von einer Blackbox. Deshalb möchte ich Ihnen noch einmal erklären, wie das im Landtag funktioniert: Es wird einen Gesetzentwurf geben, der in den Landtag kommt; dort wird er beraten.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Dann kommt er in die Ausschüsse; dort wird er beraten. Dafür wird dieses Geld dann eingesetzt. Sie sind alle herzlich eingeladen, an diesem Beratungsprozess konstruktiv teilzunehmen.

(Beifall von der SPD)

Sie tun gerade so, als ob wir mit 82 Millionen € irgendetwas machen würden. Wir müssen natürlich nach Recht und Gesetz handeln. Sie als Gesetzgeber sind die Hauptverantwortlichen für diesen Komplex. Insofern brauchen Sie keine Sorge zu haben, dass Sie nicht entsprechend beteiligt werden.

Abschließend freue ich mich sehr, dass es inzwischen ein breites Bewusstsein dafür gibt, wie wichtig frühkindliche Bildung ist. Das dokumentiert sich auch in der Verabredung auf Bundesebene: Für die Bildung sind 6 Milliarden € etatisiert. Das ist noch

nicht präzisiert, aber daran werden wir arbeiten. Insofern ist das ein wichtiges Signal. In der Familienpolitik gibt es sehr positive Entwicklungen, auch was sich aus dem Koalitionsvertrag an Möglichkeiten für die Länder ergibt.

Ich glaube, wir sind hier gut aufgestellt. Ich setze aber weiterhin auf den Dialog. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie uns konstruktiv begleiten.

Zum Kinder- und Jugendförderplan haben meine Vorredner alles gesagt. Ich glaube, das spricht für sich. Auch da sind wir auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Würden Sie dennoch eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Düngel zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Düngel, bitte.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank. – Ich wollte bei der Revision des KiBiz nachhaken. Sie haben das gerade noch einmal erläutert. Ich fürchte allerdings, den meisten wird der parlamentarische Ablauf durchaus bekannt gewesen sein. Nichtsdestotrotz war das vielleicht für die Zuhörer und Zuschauer noch einmal ganz interessant.

Halten Sie den zeitlichen Ablauf, den wir mit der zweiten Revisionsstufe des KiBiz haben, trotz aller Kritik, die es auch von Trägern und Kitas gibt, für richtig? Das meine ich unter dem Aspekt, dass das gegebenenfalls alles doch sehr kurzfristig greifen muss.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Es greift nicht kurzfristig. Der Gesetzentwurf kommt am 17. Dezember ins Kabinett; damit ist er öffentlich. Anschließend geht er in die Verbändeanhörung. Danach kommt er zur Beratung in den Landtag, in die Ausschüsse. Der Entwurf wird weitere Unterstützung für alle Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen enthalten. Ich glaube, kein Träger und keine Kommune wird sagen, dass das zu kurzfristig ist. Sie werden alle sagen: Schön, dass das zum 1. August umgesetzt werden kann. – Es kann bis dahin umgesetzt werden. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank noch einmal, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um eine Minute und elf Sekunden überzogen. Deshalb frage ich die Fraktionen des Hauses, ob noch einmal das Wort gewünscht wird. – Herr Kollege Tenhumberg hat sich noch einmal gemeldet.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. Dann haben wir heute doch noch etwas Neues erfahren: Jetzt kommt er nicht mehr Anfang Dezember ins Kabinett, sondern Mitte Dezember. Ich bin gespannt, ob denn wenigstens dieses Datum, der 17. Dezember, Bestandsschutz hat. Vielleicht erleben wir es ja noch, dass wir im Jahr 2014 im Parlament über die Absichten der Landesregierung informiert werden.

Mein Vorwurf gegen dieses ganze Gehabe lautet, dass Sie nach meiner Kenntnis und nach dem, wie ich es beurteile, mit den Realitäten nicht konform gehen. Ich empfehle Ihnen dringend, auch an der Basis zu erzählen, was Sie hier erzählen. Reden Sie doch einmal mit den Verbundleiterinnen oder auch mit den Erzieherinnen und Erziehern darüber, wie die tatsächliche Situation in den Kindergärten und Kindertageseinrichtungen ist. Dort höre ich etwas völlig anderes als das, was Sie mir hier erzählen.

Herr Jörg, ich muss Ihnen sagen: Wenn Sie auf irgendwelchen Veranstaltungen irgendetwas erzählen, es hier anschließend aber nicht umsetzen bzw. es auf die lange Bank schieben, ist das nicht in Ordnung.

Und wenn die Ministerin uns dazu auffordert, dies konstruktiv zu begleiten, dann setzt das natürlich voraus, dass wir auch in einem zeitlichen Horizont beteiligt werden können und dass wir und die Verbände sich wirklich einbringen können.

Aber wenn das erst am 17. im Kabinett besprochen wird – das heißt, wir sind dann im Juni mit dem Gesetzentwurf soweit, und am 07.07. beginnen die Ferien –, frage ich mich, was Sie als vernünftige Umsetzungszeiträume bezeichnen? Was nennen Sie eigentlich eine vernünftige Beteiligungsform?

(Beifall von der CDU)

Das ist doch eine Farce, das ist doch nicht in Ordnung. Und das muss doch kritisiert werden.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, jetzt ist die Redezeit wirklich abgelaufen.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident, ich halte mich noch eher daran als mein Kollege Wolfgang Jörg, und deshalb möchte ich meine abschließende Bemerkung machen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Lieber Herr Abgeordneter, bei aller Freundschaft, aber noch leide ich die Sitzung. Und mein Hinweis war, dass Ihre Redezeit bei Weitem überzogen ist. Aber – aus Ihrer Sicht – glücklicherweise gibt es den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Maelzer. Möchten Sie die zulassen?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nein, nicht zulassen! – Zurufe: Er hat sich doch gar nicht zu Wort gemeldet!)

Bernhard Tenhumberg (CDU): Bitte.

Dennis Maelzer (SPD): Angesichts der fortgeschrittenen Redezeit ziehe ich meine Frage gerne zurück.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Okay, dann verkürzen wir die Sitzung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, die SPD hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ein interessantes Spiel, das hier gespielt wird. Wenn man im Grunde nichts mehr zu kritisieren hat und wenn man sich im Prinzip auch über die Inhalte nicht wirklich ärgern und aufregen kann, dann fängt man an, am Verfahren herumzukritisieren.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Das, Herr Tenhumberg, ist eine Hilfgeste, die ich überaus entlarvend finde. Wenn Sie heute einfordern, dass es ausreichend viel Zeit zur Diskussion über die zweite Revisionsstufe gibt, dann kann ich nur noch einmal an den Prozess zur Implementierung des KiBiz erinnern, der hinter uns liegt. Das wollen wir bewusst anders machen.

Wenn am 17. Dezember der Referentenentwurf vorliegt, werden Sie erleben, dass die Verbände das als ausreichend viel Zeit empfinden werden, um sich einzubringen, und auch Ihre Anregungen bzw. die Anregungen der Fraktionen werden hier im Haus ausreichend gewürdigt werden können. Deshalb kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, dass Sie sozusagen einen Rettungsanker auswerfen, damit Sie endlich wieder einen Kritikpunkt haben. Der – das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen – hat offensichtlich eine Kette, die nicht lang genug ist. Und deshalb schwimmt er einfach mühselig im Wasser. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. Warten Sie bitte noch einen kleinen Moment. Der Kollege Tenhumberg wollte Ihnen nämlich noch eine Frage stellen. Nehmen Sie die noch mit? – Dann bitte, Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Liebe Kollegin Altenkamp, da Sie unterstellen, dass das Parlament in ausreichendem Maße beteiligt wird, frage ich Sie: Können Sie dem Hohen Hause mitteilen, wann der Referentenentwurf dem Parlament vorgelegt wird?

Britta Altenkamp (SPD): Herr Tenhumberg, wenn der Referentenentwurf der Öffentlichkeit vorliegt, geht er in die Verbändeanhörung, die eine sechswöchige Frist hat. Nach dieser sechswöchigen Frist wird es eine Überarbeitung geben, und dann können wir, glaube ich, alle gemeinsam damit rechnen, dass im März ein Gesetzentwurf vorliegen wird.

Und Sie haben es richtig beschrieben: Im Juli sind in Nordrhein-Westfalen Sommerferien. Und davor werden wir die zweite und dritte Lesung haben. Und wenn Sie mir heute sagen, dass das nicht genügend Zeit ist, dann glaube ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Sie vielleicht einmal Ihren parlamentarischen Geschäftsführer kontaktieren, damit er die Verfahren hier im Haus noch einmal grundsätzlich zur Änderung stellt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, und Zwischenfragen sind damit auch nicht möglich. Ich schließe die Beratung zum Teilbereich Familie, Kinder und Jugend des Einzelplans 07 und eröffne die Beratung zum

Teilbereich Kultur

Für die CDU-Fraktion erteile ich als erstem Redner Herrn Kollegen Prof. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu den Petitesen des Haushalts. Und wir kommen trotzdem zu einer der letzten föderalen Kompetenzen der Landespolitik. Auch wenn inzwischen alle Welt so tut, als wären Bildung, Wissenschaft und Kultur auch Bundesangelegenheit – sie sind es nicht. Dies sind Kernbereiche unserer Aufgaben als Landesparlament.

Und man ist erstaunt, wenn man sieht, dass selbst Landesministerinnen gerne bereits sind, sich mit ei-

nem Linsengericht zentrale Kompetenzen und die Hoheit des Landes für eine Bundesbeteiligung abkaufen zu lassen.

Aber zurück zu den Petitesse! Wir reden im Rahmen des Bundeshaushalts über ganze 3 Promille des Haushalts. Das war einmal etwas mehr, wurde aber bereits im letzten Jahr kräftig gekürzt. Wenn man sich einmal den Etat ansieht, erkennt man, dass alleine der Rückgang der Zinszahlungen für die exorbitanten Schulden des Landes nach dem Plan die Ausgaben für Kultur bei Weitem übersteigt. Diese sinken nämlich von 4,1 Milliarden € auf 3,8 Milliarden €; das sind 300 Millionen €. Wir reden hier über ganze 180 Millionen €, das sind pro Kopf etwa 10 €. Das ist nach wie vor so wenig wie in keinem anderem Land der Bundesrepublik.

(Beifall von der CDU)

Im Grunde könnte ich die Rede des vergangenen Jahres wiederholen. Denn der vorliegende Etat ist die genaue Kopie des letzten Haushalts. Und alles, was damals gegen die Kürzungen vorzubringen war, ist auch jetzt zu wiederholen. Was bleibt eigentlich von den Versprechen im Koalitionsvertrag, den Kulturretat auszubauen? Aber dort steht einschränkend „wo nötig und geboten“, und das ist ein extrem dehnbarer Begriff.

Der im Vorjahr gekürzte Haushalt wird seine Probleme noch offenbaren. Den Ankaufsetat für die Kunstsammlung zum Beispiel auf null zu setzen wird auf Dauer nicht funktionieren. Irgendwann wird das Probleme mit sich bringen. Aber in der Szene wird längst die Parole ausgegeben, man solle doch froh sein, wenn man das, was die christlich-liberale Regierung bis 2010 erreicht hat, auch weiterhin sichern könne. Man freut sich also schon, wenn nichts passiert. Und die allfälligen Personal- und Sachkostensteigerung werden das Ihre tun, um einer Einrichtung nach der anderen die Luft abzuschneiden.

Die Kulturmenschen in diesem Lande erleben zudem die Verschleppung eines seit Jahren – genau genommen seit 2010 – mit viel Getöse angekündigten Kulturfördergesetzes, eine Ankündigungsvokabel, die inzwischen allerdings reichlich ranzig wirkt. Wo bleibt das eigentlich?

Kulturelle Bildung ist ein Schwerpunkt der Landeskulturpolitik, aber schon seit 2005. Das ist auch gut so, obwohl man da nicht andere Kulturaufgaben aus den Augen verlieren sollte.

Wir haben dazu einen Änderungsantrag gestellt, der etwas Klarheit in den Etat bringen soll. Da werden unter Musikpflege 3,2 Millionen € für die Entwicklung eines Konzeptes – ich zitiere – zur musikalischen Grundbildung an den Grundschulen durch die Landesregierung bereitgestellt. Was soll das? Musikalische Grundbildung an Grundschulen ist zunächst einmal eine originäre Kernaufgabe der

Schulpolitik und Aufgabe des schulischen Lehrplans.

(Beifall von der CDU)

Wenn die musische Bildung im Schulministerium nicht ordentlich wahrgenommen wird, dann ist das ein Skandal, der auch dort zu behandeln ist. Der Kulturretat kann nicht als Reparaturanstalt für Versäumnisse der Schulpolitik funktionieren.

Für die außerschulischen Angebote bzw. solche, die mit der Schule kooperieren, ohne den schulischen Unterricht zu ersetzen, gibt es ein gutes und erprobtes Programm, das auch in diesem Etat auftaucht mit der Bemerkung, dieses Programm namens JeKi sehe vor – ich zitiere –, dass jedes Kind im Ruhrgebiet die Möglichkeit erhalten soll, Musik für sich zu entdecken und ein Musikinstrument zu erlernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man höre genau hin. Diese Förderung, die ja auch eine Musikschulförderung ist, wird und bleibt hier im Text eindeutig auf das Ruhrgebiet beschränkt.

(Zurufe)

Ich habe das hier schon mehrfach gesagt. Die Erprobung dieses Programms in den Grenzen des Ruhrgebietes war ausschließlich und alleine durch die Kulturhauptstadt legitimiert. So geht das nicht weiter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, entschuldigen Sie, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Abel zulassen?

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Bitte, gerne.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, lieber Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich habe ein logisches Problem. Wenn ich hier Ihre Ausführungen bis jetzt und auch Ihre Forderung nach der Ausweitung von JeKi mit dem Haushaltskonzept Ihrer Fraktion vergleiche, dann fällt auf, dass die 150 Millionen €, die Ihre Fraktion über alle Förderprogramme kürzen möchte, nicht erreicht werden können, wenn wir den Kulturretat hier ausnehmen. Ich frage Sie deshalb: Gehen Sie hier nicht mit Ihrer Fraktion konform? Oder ist das hier der Versuch der Augenwischerei?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Lieber Kollege Abel, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage, weil wir nämlich bereits im letzten Jahr, als wir zum ersten Mal dieses Strukturprogramm gemacht haben, deutlich gesagt haben, dass der Kulturretat hiervon nicht betroffen ist. Wir haben außerdem be-

reits 2004 eine Verdoppelung des Kulturetats 2005 bis 2010 angekündigt und durchgeführt und durchgeführt, als das Etatvolumen zurückging.

(Beifall von der CDU)

Wir sind uns bewusst darüber. Die Kleinheit dieses Etats – ich habe ja vorhin deutlich gemacht, wie wenig das ist – legitimiert nicht, die Haushaltskonsolidierung am Kulturetat festzumachen. Kulturpolitik ist eine Frage, wie ernst man sie nimmt, nicht aber eine Frage des Etats.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Kulturpolitik wird in diesem Land nicht mehr ernst genommen. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

dieses Programm JeKi: Ich sprach von der Benachteiligung anderer Regionen des Landes. Wenn Sie meinen, Sie könnten das Programm JeKi nicht ausweiten, dann verändern Sie es! Aber die regionale Beschränkung lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Nun kommt als Etikettenschwindel der Versuch, von dem Erfolgsnamen „JeKi“ abzuweichen, das alles unter der geradezu manischen Absicht der Regierung, von der Hochschulfreiheit bis zum Straßenbau alles zu tilgen, was in den Aufbruchsjahren dieses Landes zwischen 2005 und 2010 an Impulsen gesetzt worden ist.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber auf einen Bereich eingehen, der normalerweise unter „Kultur“ gruppiert wird, obwohl er in unserem Land ein Anhängsel der Verkehrspolitik ist, nämlich die Denkmalförderung. Da wenden sich fast verzweifelt der Verband der Kunsthistoriker und auch die Kirchenbüros an uns Parlamentarier, dem Irrsinn der Abschaffung der Denkmalförderung in diesem Land zu widerstehen.

Aber die Regierung zieht stur eine Darlehnsregelung durch, die übrigens überhaupt nicht an die Denkmalswürdigkeit eines Gebäudes gekoppelt ist und somit überhaupt nichts mit Denkmalschutz zu tun hat.

(Walter Kern [CDU]: So ist das!)

Jetzt geschieht auch wieder etwas, das wir Ihnen nicht durchgehen lassen, eine oft geübte Trickserei der Sozialdemokratie.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Erst kündige ich einen Kahlschlag an. Über diesen Kahlschlag gibt es natürlich eine große öffentliche Empörung. Dann lasse ich ein paar Bäume stehen

und lasse mich anschließend bejubeln und beklatschen dafür, dass ja noch ein paar Bäume stehen geblieben sind.

(Beifall von der CDU)

Genauso war das im letzten Jahr mit dem Kulturetat.

Jetzt klappt das genauso. Weil man ein paar Krümel von der Denkmalförderung gerettet hat, lässt man sich in der „BILD“-Zeitung – die lässt sich tatsächlich an der Nase herumführen – feiern, die SPD habe mehr Geld für Denkmäler erstritten. Das ist schon sehr, sehr dreist. Das ist genauso, als wenn ein Händler einen Preis für seine Ware erst um 50 % erhöht und anschließend generös verkündet, er gibt 20 % Rabatt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie scheinen sich ja auszukennen, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, die Streichung der Denkmalförderung ist so ungeheuerlich, dass wir den Innenminister auffordern müssen, dem Art. 18 der Landesverfassung Geltung zu verschaffen.

Wir haben einen Änderungsantrag auf die Wiedereinsetzung der 9,6 Millionen € in den Haushalt gestellt, um nicht zuletzt den vielen Ehrenamtlichen ein Signal zu geben, dass ihr Engagement für das bauliche Erbe unserer Heimat die ohnehin geringe Unterstützung durch das Land beibehält.

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Etat auch aus kultureller Sicht ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. Bleiben Sie bitte vorne. Denn es liegt der Wunsch nach einer Kurzintervention vor, die Herr Kollege Abel über seine Fraktion angemeldet hat. Herr Abel, Sie haben für 90 Sekunden das Wort.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Lieber Herr Kollege Prof. Sternberg, bei aller Sympathie: Ich teile auch Ihre Ausführungen zur Stellung der Kultur. Sie wissen das. Aber ich kann Sie hier nicht aus dem Widerspruch zu dem, was Ihre Fraktion niedergelegt hat, herauslassen. Die 150 Millionen €, die im Haushaltskonzept der CDU an Einsparungen aus den Förderprogrammen erbracht werden sollen, sind bei Herausnahme des Kulturetats rechnerisch nicht zu erreichen. Ihr Kollege Dr. Optendrenk, Ihre gesamte Fraktion hat hier ein Konzept vorgelegt, das vorsieht, 6 Millionen € aus dem Kulturförderetat zu streichen. Gleichzeitig kritisieren Sie hier in Ihrem Beitrag, jegliche Förderung der Kultur zu reduzieren. Das ist einfach unredlich, das so zu tun.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Suchen Sie entweder die Auseinandersetzung mit Ihrer Fraktion und sagen Sie das hier so klar oder Ihre Kritik ist nicht angebracht. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – 90 Sekunden zur Antwort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Lieber Herr Kollege Abel, ich kann es ja noch mal sagen. Auch wenn Ihnen das aufstößt und auch wenn Sie das nicht mögen, aber in der CDU-Fraktion hat die Kulturpolitik einen anderen Stellenwert. Ich habe bereits im letzten Jahr, als wir die einzelnen Einsparungen angekündigt haben –

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– ich habe das übrigens auch mit unserer Fraktion und mit dem Fraktionsvorsitzenden abgesprochen – gesagt: Der Kulturetat steht nicht zur Reduktion bereit. Glauben Sie mir das.

(Beifall von der CDU)

Das ist zwar eine harte Sache für Sie – das kann ich auch verstehen –, aber wir haben den Beleg erbracht, dass man sparen kann, ohne an der Kultur herumzufummeln.

Das ist doch das Kernproblem: In allen Kommunen dieses Landes dient der Kulturetat als Symboletat für Kürzungen. Der Kulturetat funktioniert wunderbar, um zu sagen: Die haben so viele Schulden, und dann bauen sie trotzdem ein Theater. Der Kulturetat funktioniert immer für diese Ausrede. Sie verfängt aber nicht, weil es sich nur um 3 Promille des Etats handelt.

Glauben Sie mir, der Etat wird nicht über den Kulturetat saniert. Die CDU steht da zu ihrer Aussage. Die CDU steht dazu: Der Kulturetat wird nicht gekürzt, im Gegenteil.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – So weit die Kurzintervention und die Antwort darauf. Wir fahren fort und ich erteile Herrn Kollegen Bialas jetzt das Wort für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in Zeiten weiterer Haushaltskonsolidierung. Ich kann das Fazit vorwegnehmen: Es ist ein guter Weg, wenn wir sehen, dass der Haushalt für Kultur dort gleichbleibt, sogar leicht ansteigt, wenn man hinzurechnet, dass die Bibliothekstantiemen niedriger sind und dass wir beispielsweise auch die Aufgaben des § 96 Bundesvertriebenengesetz jetzt finanziell bei der Lan-

deszentrale für politische Bildung angesiedelt haben.

Es zeigt sich: Haushaltsgesundung ist auch ohne den Beitrag des Aufgebens der Zukunftsfähigkeit – deren möglichen Entwurf Kunst und Kultur in besonderer Weise verkörpern – möglich. Dies ist auch ein guter, richtiger Weg.

Mehr geht immer – das ist eine Weisheit, die wir alle, glaube ich, unterschreiben könnten. Die Frage ist aber: Ist nicht auch bereits ein gleichbleibender Ansatz in diesen Zeiten der Haushaltskonsolidierung gut? Ich kann sagen: Er ist gut. Auch ist er ein gutes Zeichen, ein gutes Signal an die Kommunen.

Hinzu kommt, dass es die Landesregierung und die die Regierung tragenden Fraktionen weiterhin als nicht selbstverständlich nehmen, dass Kommunen nicht ausreichend finanziert werden. Vielmehr wird die kommunale Selbstverwaltung im Kern ernstgenommen. Ihre Gestaltungsfreiheit steht real im Fokus. Damit erst schaffen wir wieder die strukturellen Voraussetzungen für das Angebot im Bereich der Kultur bzw. der Kultureinrichtungen.

Ich kann Ihnen sagen: Unsere gestrige Debatte empfand ich als unterirdisch. Ich fand es unterirdisch, dass Leute nach draußen vor die Tür gegangen sind, weil sie sich aus der Solidarität herausbegeben wollten, innerhalb der kommunalen Familie Ausgleiche zu schaffen, womit auch die Kultur getroffen werden würde.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir wissen, dass in unserem Landtag erst der Weg aus der Vergeblichkeitsfalle der Weg zur vielgelobten Vielfalt der Kunst und Kultur, zu deren weiteren Entwicklung und Erhalt ist. Das Land ist und bleibt verlässlicher Partner im Bereich der kulturellen Bildung sowie der Unterstützung der kulturellen kommunalen Daseinsvorsorge. Er nimmt die Landesaufgaben in dem von ihm indizierten Bereich wahr. Wir erkennen hier ein Weiterschreiben des Haushaltes durch eine erkennbar ruhige und unaufgeregte, aber dialogisch starke Hand. Vielen Dank, Frau Ministerin, an dieser Stelle!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben den Antrag der CDU im Ausschuss behandelt. Sie sagten: Holen wir das hervor, was wir im letzten Jahr hatten! – Auch hierzu muss ich sagen: Machen Sie das bitte nicht! Mir wird angst und bange, wenn Sie im Bereich der Förderprogramme einsparen wollen.

Wir haben heute und gestern in den Haushaltsberatungen die Aussage gehört: Wir sparen. – Zu jedem Einzelbereich aber sagen Sie: Bei uns nicht. – Es ist selbstverständlich, dass Sie das – da sind wir uns einig – bei Kultur machen; aber auch da sagen Sie es. Das ist in der Tat eine Dialektik, über die ich seit

einem Jahr nachdenke. Die Antwort konnte ich leider nicht finden.

Vor einem Jahr haben Sie noch etwas anderes angekündigt. Sie sagten, dass Sie Wahlversprechen zurückzunehmen wollten. Ich sage Ihnen: Das waren keine Wahlversprechen, es waren notwendige Schritte, die wir gegangen sind und erfolgreich umgesetzt haben. Einer dieser notwendigen wichtigen Schritte war, dafür zu sorgen, dass die kommunalen Haushalte in unserem Land gesunden. Auch das wiederum ist Voraussetzung für die Struktur unserer Kultur.

Ich bin sehr froh, dass die CDU auf Bundesebene nach langen und zähen Debatten erkannt hat, dass die Lebensqualität der Bürger sicherzustellen ist und dies nur dadurch gelingt, dass die Kommunen ausreichend finanziert werden, weil dort der Ort dieser Qualität ist.

(Beifall von der SPD – Beifall von Oliver Keymis [GRÜNE])

Die Kommunen sind keine Melkkuh für Haushaltskonsolidierungen auf höherer Ebene. Dafür haben Sie sie 5 Jahre lang – nicht während des Aufbruchs dieses Landes, sondern in einer Abbruchzeit für die Kommunen – genutzt.

Sie haben über JeKi gesagt, es sei das Erfolgsprodukt der kulturellen Bildung. Dazu kann ich Ihnen sagen: Das ist es nicht. Wir sind uns einig, dass der Zielbezug teilweise richtig ist. Wenn wir aber über 85 % Aussteiger aus diesem Projekt haben, kann ich sagen: Wir können die Leute nicht mit kultureller Bildung frustrieren, sondern wir müssen sie ernst nehmen und mitnehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dazu wird ein Konzept benötigt. Es geht um gelingende Arrangements und darum, dass wir uns nach einer Stabilisierung des Projektes, für die Sie keine finanzielle Vorsorge getroffen haben, erst einmal gefragt haben: Was ist es? Wohin geht es? Selbstverständlich sind wir für eine Ausweitung; aber wir wollen die Ausweitung eines guten Systems. Wir wollen das JeKi-Projekt jedoch niemandem überstülpen. Darauf haben wir uns geeinigt.

Ich kann auch nicht verstehen, dass Sie hier anmahnen, dass die Kulturhoheit im Lande bleiben soll. Darüber gibt es überhaupt gar keine Diskussionen. Für mich als Nordrhein-Westfale ist nicht verständlich, warum der Bund Gelder in den Osten transferiert und wir im Westen nicht ebenfalls davon profitieren sollen. Dabei geht es nicht um hoheitliche Aufgaben, sondern um Einnahmenklugheit im Bereich der Finanzen.

Insoweit – ich darf zu Ende kommen – ist der Haushalt auf einem guten Wege. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Schmitz das Wort.

Ingola Schmitz (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin Schäfer, würde sich Ihre Empathie für die kulturschaffenden Akteure im Lande Nordrhein-Westfalen im Kulturhaushalt niederschlagen, dann könnten wir dem vermutlich sogar zustimmen. Das ist aber leider nicht der Fall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kulturhaushalt hat mit dem von der Landesregierung vorgelegten Gesamthaushalt eine Gemeinsamkeit: Er ist eine einzige Enttäuschung.

Diese Bewertung kann ich Ihnen, liebe Frau Ministerin, wie meine Vorredner der FDP-Fraktion leider nicht ersparen. Die Staatseinnahmen befinden sich auf Rekordniveau. Dennoch will die Landesregierung 2,4 Milliarden € neue Schulden aufnehmen. Das ist ein haushaltspolitisches Armutszeugnis.

Mir geht es dabei nicht ums Prinzip. Ihre Schuldenpolitik hat auch ganz praktische Auswirkungen. Nehmen Sie beispielsweise den Haushaltsansatz für die Kulturförderung. Dort haben Sie rund 180 Millionen € veranschlagt. Die jährliche Zinslast für Nordrhein-Westfalen liegt bei 4 Milliarden €. Das ist mehr als das Zwanzigfache der Kulturförderung.

Dadurch, dass Sie es in Zeiten von Rekordeinnahmen, Rekordbeschäftigung und stabilem Wachstum nicht schaffen, aus der Schuldenpolitik auszubrechen, beschneiden Sie die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen. Denn die Schulden von heute sind die Zinslast von morgen. Das ist kulturlos.

Aber es kommt noch schlimmer: Ihre Verschuldungspolitik liegt ja nicht an zu wenig Einnahmen, sondern sie liegt daran, dass Sie immer noch mehr ausgeben. Allerdings machen Sie auch einige wenige Ausnahmen. Eine davon ist der Kulturhaushalt. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in Zeiten knapper Kassen mehr Geld in Kultur investiert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat den Haushalt ausgeglichen und trotzdem stetig mehr für Kultur ausgegeben. Sie haben weder knappe Kassen noch gleichen Sie den Haushalt aus, und dennoch kürzen Sie bei der Kultur.

Auf den ersten Blick geht es dieses Mal nicht um einen ganz so hohen Betrag wie im Vorjahr. Aber auch dieser erste Blick täuscht, denn Sie zweckentfremden zum Beispiel Kulturfördermittel für Dinge, die eigentlich in den Bildungshaushalt gehören. Es geht aber auch um ein Signal. Ihr Signal – so nimmt man es jedenfalls von außen wahr – ist: Kulturpolitik scheint nicht besonders wichtig! – Sie leisten damit einen kulturpolitischen Offenbarungseid.

Laut Koalitionsvertrag von SPD und Grünen soll Kunst einen zentralen Platz einnehmen. Das gilt offenbar nicht für den Haushalt.

Laut Koalitionsvertrag von SPD und Grünen wollen Sie die Vielfalt vor Ort sichern. – Große Worte, allein es fehlt die Tat! – Im Gegenteil, kürzen Sie doch seit Regierungsantritt gerade bei der Unterstützung der Kommunen, obwohl bereits jetzt gerade in Nordrhein-Westfalen die Kommunen den größten Beitrag zur Kulturförderung leisten. Während die Kommunen in anderen Flächenländern 53 % der öffentlichen Kulturausgaben tragen, sind es bei uns über 75 %. Umso kleiner ist der Anteil des Landes.

Aber das ficht Sie nicht an! Sie haben bei der Unterstützung von Gemeinden und beim Erhalt der Kulturgüter gekürzt. Sie haben bei der Unterstützung von Gemeinden bei der Entwicklung von Kultur- und Kreativwirtschaft gekürzt. Sie haben bei der Unterstützung von Gemeinden im Bereich des Theaters gekürzt.

(Widerspruch von Nadja Lüders [SPD])

Gerade auch die fatalen Pläne bei der Denkmalförderung müssen hier angesprochen werden, selbst wenn sie in einem anderen Haushalt ressortieren.

Für 2014 zeigt die Landesregierung kein Problembewusstsein, sondern macht teilweise munter weiter mit Kürzungen. Nehmen wir als Beispiel die vollständige Streichung des kulturellen Ehrenamtspreises. Obwohl Sie damit durchaus konsequent sind, sind Sie doch der Meinung, der Staat könne alles besser.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger mit viel Arbeit, Mühe und Zeit Engagement zeigen und das kulturelle Leben bereichern, verdient das in Ihren Augen keine Anerkennung? – Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann nicht unsere Zustimmung finden! Wie ich eingangs bereits sagte: Dieser Haushalt ist eine einzige Enttäuschung. Das gilt ganz besonders für den Kulturbereich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Ich fange einmal mit einem Zitat an. Das war ja früher in Reden öfters der Fall. Ich habe ein Zitat mitgebracht, das mir persönlich natürlich besonders gut gefällt:

„Die Zukunft unserer Theater hängt entscheidend davon ab, dass die Menschen den Wert dieses großen Kulturschatzes erkennen. Damit das auch künftig gelingt, müssen wir früh ansetzen. In den Schulen muss Theater darum weiter

eine sehr wichtige Rolle haben, in der Auseinandersetzung mit den Texten, durch Theaterbesuche – und am besten auch durch eigenes Spielen.

Theater bleibt auch in Zeiten von Kino, Fernsehen, Smartphone und Internet ein unglaublich spannendes Angebot. Mit der Chance und der Notwendigkeit, konzentriert hinzuschauen und hinzuhören, buchstäblich am Stück, ohne noch schnell unsere Mails und SMS zu checken. Es stimmt, dafür ist eine lange Aufmerksamkeit nötig, das kann anstrengend sein. Aber nur wer diese Aufmerksamkeit mitbringt, der wird mit dem ganzen Reichtum und der ganzen Tiefe belohnt, die Theaterkunst in Kombination mit guten Stücken bieten kann.“

Zitat Ende.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Das ist das Wort unserer Ministerpräsidentin vom 20. November 2013 anlässlich der Staatspreisverleihung an Dr. Roberto Ciulli. Ich finde, dass unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft damit ganz deutlich gemacht hat, dass in diesem Land nicht nur das Theater, sondern die Kultur insgesamt Bedeutung hat und weiterhin haben wird.

All die Unkenrufe der Opposition gehen an der Stelle fehl. An den zum Teil wirklich falschen Darstellungen, die Sie gerade geliefert haben – sowohl Sie, Frau Schmitz, als auch Sie, Herr Kollege Sternberg –, lässt sich das nachweisen:

Sie blenden Realitäten aus. Das macht die Sache politisch so schwierig. Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen Schuldenberg von etwa 140 Milliarden €. Wir haben einen Etat von rund 62 Milliarden €. Wir haben im Land Kommunen, die rund 2 Milliarden € in die Kultur investieren. Seit wir wieder an der Regierung sein dürfen, macht Rot-Grün die Kommunen stark. Das stärkt auch die Kultur. Und wir haben einen Kulturetat, der – von der Summe her – immer noch der drittgrößte ist, den das Land Nordrhein-Westfalen überhaupt von jeher zur Verfügung hatte.

Von daher würde ich sagen: Jenseits aller kritischen Debatten und bei allem, was man zugestehen kann – auch in der Diskussion, in der es darum ging, einen Teil des Etats zurückzufahren; das haben wir von 2012 auf 2013 gemacht –, kann man hier klar feststellen, dass wir mit einem stabilen Etat in das Jahr 2014 gehen. Das finde ich sehr erfreulich.

Allen, die sich dafür interessieren, würde ich empfehlen, sich einmal den Kulturbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2012 in Ruhe anzuschauen. Wenn Sie ihn nicht so wie ich in gedruckter Form in der Hand haben, können Sie ihn auch im Internet abrufen. Ab Seite 52 wird das Ganze in Zahlen dargestellt. Sie sehen dort, welche

vielfältigen Kulturförderaufgaben das Land übernimmt. Machen Sie diese kleinen Summen nicht noch kleiner; denn sie helfen dort, wo sie ankommen, enorm.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen merken auch, dass Kultur in ihrer Vielfalt, ihrer Breite und ihrer Besonderheit überall im Land erfahrbar ist. Wir sind das Land mit der größten Theaterdichte auf der ganzen Welt. Wir sind nach wie vor auch das Land mit den meisten Angeboten in der freien Szene. Die bayerischen Kolleginnen und Kollegen beneiden uns um das alles – um die Ruhrtriennale genauso wie um die freie Theaterszene, die Kinder- und Jugendtheaterszene und überhaupt alle die vielen Initiativen, die in diesem Land reichhaltig vorhanden sind, und zwar sowohl im Münsterland als auch im Rhein-Ruhr-Raum und eben nicht nur im Ruhrgebiet, Kollege Sternberg. Mit dieser Sichtweise liegt man meines Erachtens völlig daneben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben eine regionale Kulturpolitik. Einer ihrer Erfinder sitzt heute mit in diesem Saal, nämlich der Abteilungsleiter Landmann. Wir haben das schon seit vielen Jahren im Programm, während andere sich immer noch mit einem Kulturraumgesetz und anderen Dingen herumzuschlagen versuchen.

Ich schließe meine Rede mit einem Zitat aus dem GroKo-Vertrag – Große Koalition, Berlin, 27. November 2013. Zum Kulturthema stehen darin wichtige und gute Sätze. Wir versuchen, uns auch an diese Sätze zu halten, indem wir das sagen, was hier auch steht, was SPD, CDU und CSU gemeinsam vereinbart haben:

„Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die diese in ihrer jeweils eigenen Zuständigkeit wahrnehmen.“

Den Kulturhaushalt des Bundes wird die Koalition auf hohem Niveau weiterentwickeln.“

Das hört sich so an wie bei uns und klingt gut.

„Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in unsere Zukunft. Einsparungen in Kulturhaushalten sind nicht geeignet, Haushalte zu sanieren.“

Das wissen alle Beteiligten. Deshalb werden wir uns in Zukunft auch gemeinsam an diese Hinweise halten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Piratenfraktion erteile ich nunmehr Herrn Kollegen Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Zuschauer hier auf der Tribüne! Liebe Zuschauer zu Hause! Der Topf für die Kulturförderung in NRW hat sich seit dem letzten Haushalt nicht sehr stark verändert. Auf der einen Seite ist das im Hinblick auf die Sparzwänge gut. Auf der anderen Seite ist es aber natürlich auch etwas schade; denn hier gibt es schon relativ viel Potenzial, das nicht abgeschöpft ist.

Ich bin nach wie vor der Auffassung – das habe ich auch schon in meiner letzten Haushaltsrede gesagt –, dass Leuchttürme in Lichternetze umgewandelt werden müssen, damit mehr Menschen an Kultur teilhaben können.

Ein schönes Beispiel ist der Hochsauerlandkreis. Seit Juni 2013 arbeiten die Städte Schmallenberg und Bad Berleburg im Modellprojekt „Kulturentwicklungsplanung im ländlichen Raum“ zusammen. Die kulturelle Infrastruktur vor Ort wird im Rahmen dieses Projektes nicht nur erhoben, sondern auch strategisch weiterentwickelt. Die maßgebliche Förderung kommt aus Ihrem Ministerium, Frau Schäfer. Vernetzung ist hier ein Zauberwort – auch die Vernetzung im digitalen Bereich.

Was das Digitale betrifft, möchte ich auch ein paar Worte zum Archivwesen verlieren. Dass der Ansatz für das Landesarchiv NRW, wenn man einmal die Kosten für den leider unvermeidlichen Umzug nach Duisburg und die damit verbundenen Mieten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW außen vor lässt, relativ stabil geblieben ist, erscheint schon einmal positiv. Immerhin wird das Landesarchiv NRW hier nicht völlig kaputtgespart.

Schaut man aber einmal ins Detail und rechnet kurz nach, bekommt man schon Fragezeichen in den Augen; denn aus dem Etat des Landesarchivs NRW sind 178.000 € für die digitale Archivierung vorgesehen. Wie man uns im Berichterstattergespräch zum Einzelplan 07 erklärte, wandert dieser Betrag als Eigenanteil direkt in den Topf des berühmten Projekts Digitales Archiv NRW. Das bedeutet, dass das Landesarchiv NRW seine digitale Archivierung nur noch ausschließlich innerhalb des Digitalen Archivs NRW durchführen kann und dass für das gesamte Projekt Digitales Archiv NRW insgesamt nur knapp 1 Million € bereitstehen, nämlich die 800.000 € aus dem Topf Digitale Archivierung plus die 178.000 € aus dem Landesarchiv NRW.

Sie wissen natürlich auch, dass das Landesarchiv NRW damit komplett abhängig von dem Erfolg des Digitalen Archivs NRW ist. Genau dort hat es in den letzten Jahren ziemlich gehapert. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnte uns kein vernünftiges Betriebskonzept vorgelegt werden, Frau Ministerin. Das ist schade.

Wenn ich dann auch noch einmal kurz überschlage, wie viele Institutionen sich rein theoretisch an diesem Projekt beteiligen könnten, nämlich allein die

400 Kommunalarchive, stelle ich fest, dass pro beteiligter Institution gerade einmal 2.500 € für die digitale Langzeitarchivierung übrig bleiben. 2.500 € für die Archivierung unseres digitalen Kulturerbes! Damit kommt man nicht weit. Das Einzige, auf das man dann zählen kann, ist der hohe Eigenanteil der vielen „unglaublich reichen“ Kommunen in NRW. – Sie merken meine Ironie. Die gibt es nicht. Ich weiß also nicht, wie wir das finanzieren sollen. Das skaliert einfach nicht.

Ich sehe da tatsächlich schwarz. Leider passt das auch gut zu dem derzeit schwarz gefärbten Bild, was die digitale Entwicklung in Deutschland und in Europa angeht; denn wir fallen da tatsächlich zurück – wegen bürokratischen Hürden und wegen diffusen Ängsten, zum Beispiel im Urheberrecht –, und die Welt zieht ohne uns weiter. Da müssen wir mehr Mut haben, nach vorne zu arbeiten.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir könnten die Entwicklung nach vorne bringen, indem wir nach hoffentlich baldiger Vorlage eines Betriebskonzeptes eine Anhörung zum Digitalen Archiv NRW anberaumen; denn da kommen Probleme auf uns zu, über die wir ganz dringend reden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! In der Tat ist es bei finanziell knappen öffentlichen Kassen wichtig und richtig, Verlässlichkeit und Planbarkeit zu garantieren. Das haben wir mit dem Kulturhaushalt für das Jahr 2014 gemacht und geschafft.

Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür und sichern die Mittel für Kultur in nicht ganz einfachen Zeiten auf einem stabilen Niveau. Kollege Keymis hat es noch einmal deutlich gemacht: Mit 180 Millionen € ist es der dritthöchste Kulturretat, den wir je in Nordrhein-Westfalen hatten.

Zur Planungssicherheit möchte ich noch sagen: Wir haben uns darauf verständigt – auch das war immer wieder Thema –, die Glücksspielerträge an die Destinatäre zu stabilisieren. Das bedeutet zum Beispiel für die Kunststiftung Planungssicherheit bis zum Ende der Legislaturperiode. Das bedeutet für die Laienmusik Planungssicherheit bis zum Ende der Legislaturperiode. Ich glaube, das ist für alle beteiligten Kulturschaffenden nicht unwichtig.

Ich will auch noch einmal deutlich machen – Frau Schmitz hat es ebenfalls angesprochen –, dass die Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen aus der Historie

heraus in den Städten und Gemeinden stattfindet. Das haben diese ausdrücklich so gewollt. Insofern stellt sich der Kulturhaushalt des Landes anders dar als der unserer Städte. In Zeiten knapper Kassen kann man nicht einfach alles auf den Kopf stellen. Das funktioniert nicht. Insofern haben wir den Weg beschritten, unsere Kommunen zu stärken. Ich glaube, in Deutschland ist mittlerweile anerkannt, was Nordrhein-Westfalen zur Stärkung und Unterstützung der Kommunen tut.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Ich hoffe, dass das auch eine Einzahlung auf das Konto Kultur bedeutet. Davon gehen wir zumindest aus.

Ein wichtiger Punkt im Jahr 2014 bleibt für uns die Förderung der kulturellen Bildung. Ich freue mich, dass ich hier im Parlament deutlich machen kann, dass sich der Kulturrucksack außerordentlich gut entwickelt hat. Er ist ein Angebot an Zehn- bis 14-Jährige. Im Jahr 2012 haben wir mit dem Kulturrucksack rund 320.000 junge Menschen in 55 Kommunen erreicht. 2013 beteiligen sich 136 Städte, 2014 werden es sogar schon 175 Städte sein. Ich finde, das kann sich für ein neues Instrument zur kulturellen Bildung sehen lassen.

Für das Programm „Jedem Kind ein Instrument“, auf das ich gern zu sprechen kommen möchte, bereiten wir derzeit ein landesweites Nachfolgeprogramm vor. – Aber, Herr Prof. Sternberg, ich kann Ihnen nicht ersparen, noch einmal darauf hinzuweisen, in welch erbärmlichem Zustand wir das Projekt von Ihnen übernommen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gab keine solide Finanzierung. Es war klar, dass sich der Bund zurückzieht. Sie haben von 11 Millionen € Sponsormitteln geträumt, von denen letztlich 1 Million € geflossen ist. Damit konnten Sie nichts nachhaltig finanzieren, was weitere Übungsstunden für Kinder angeht. Also haben wir das Projekt stabilisiert. Wir haben die fehlenden Mittel ergänzt und es auf solide Füße gestellt. Dann haben wir geguckt: Wie funktioniert es? Wie wirkt es? Jetzt werden wir unsere Überlegungen weiterentwickeln, um zu schauen, wie wir das Projekt im ganzen Land wirken lassen können. Ich sage aber auch ausdrücklich: Der Gesang und der Tanz gehören auf jeden Fall in gleicher Weise dazu. Es geht nicht nur um Instrumente, es geht auch um Tanz und Gesang.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Prof. Sternberg zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Bitte schön, Herr Prof. Sternberg.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte sehr.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Ministerin, vielen Dank für die Möglichkeit zur Zwischenfrage. Bei dem Projekt „JeKi“ war immer klar, dass es evaluiert und weiterentwickelt wird. Die Weiterentwicklung und die Ergänzung sind überhaupt kein Problem. Darf ich aber davon ausgehen, dass es sich bei der im Etat befindlichen merkwürdigen Formulierung „Ausbau von Grundkenntnissen im Grundschulbereich“ um die landesweite Weiterentwicklung von „JeKi“ handelt und dass das „JeKi“-Projekt auch „JeKi“ bleibt?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sie haben ja den Antrag gestellt; darauf wäre ich jetzt auch zu sprechen gekommen. Das, was Sie vermuten, dass wir den Schulen die Arbeit wegnehmen, ist falsch. Wir unterstützen die Schulen im kulturellen Bildungsbereich bei außerschulischen Projekten. Was das Projekt betrifft, das Sie angesprochen haben, fördern wir zum Beispiel das Monheimer Modell, das Münstersche Singprojekt „JeKisS“ oder auch Satelliten von „JeKi“. Genau solche Dinge unterstützen wir. Es ist doch eine gute Kooperation, wenn die Kultur im außerunterrichtlichen Bereich mit der Schule zusammenarbeitet. Das wollen wir erreichen. Wir wollen nicht versäult denken, sondern wir müssen alle Akteure zusammenbringen, damit sie mit Kindern und Jugendlichen arbeiten können.

(Beifall von der SPD)

An einer Stelle kann ich Ihnen die Kritik nicht ersparen: Frau Schmitz, Sie haben gesagt, wir würden bei den kommunalen Theatern bzw. bei der Kulturförderung der Kommunen kürzen. Das ist schlichtweg falsch. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gerade einen Theaterpakt abgeschlossen, der noch einmal einen Aufwuchs von 4,8 Millionen € bedeutet. Die Mittel sind damit um 50 % angehoben worden und werden im Bereich der kommunalen Theater oder Orchester an keiner Stelle gekürzt. Wir haben im Gegenteil eine solide Finanzierung bis zum Ende der Legislaturperiode abgesichert.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Ein Weiteres: Herr Prof. Sternberg, Sie sagen, die Anträge, die Sie zur Kürzung von Förderprogrammen gestellt hätten, beträfen nicht die Kultur. Herr Tenhumberg hat eben gesagt, das beträfe nicht den Kinder- und Jugendförderplan.

(Andreas Bialas [SPD]: Es betrifft gar keinen!)

Ein anderer Fachpolitiker wird sagen: Das betrifft nicht mein Förderprogramm. – Woher soll die Öffentlichkeit wissen, was Sie eigentlich meinen, wenn Sie es in Ihrem Antrag nicht sauber formulieren?

(Beifall von der SPD)

Schreiben Sie es da rein, dann wissen wir es. Ansonsten führen wir jedes Mal dieselbe Debatte, und man nimmt Sie einfach nicht ernst. All Ihre Anträge bezogen auf mein Haus bedeuten in toto 14 Millionen €. Im Kulturbereich wären es 6 Millionen € weniger, wenn wir Ihren Gedanken folgen würden. Das wäre eine Minderung des Haushaltsansatzes und nicht eine Mehrung. Im Übrigen hat keine der Oppositionsfraktionen einen Aufwuchs beantragt. Auf die Anträge warten wir noch. Also seien Sie so ehrlich und unterlegen das, was Sie vollmundig von uns fordern, auch mit Anträgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, zum Teilbereich Kultur liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir verlassen ihn somit und kommen zum

Teilbereich Sport

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Müller das Wort.

Holger Müller (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Dem Sport steht nur ein kurzer Zeitrahmen zur Verfügung. Deshalb möchte ich mich insbesondere einem Thema widmen, das für die Zukunft des Sports, vor allem des Leistungssports, von existenzieller Bedeutung ist, nämlich der Trainerförderung in Nordrhein-Westfalen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

In einem Papier für den Sportausschuss, Frau Ministerin, haben Sie auf drei Seiten die Notwendigkeit des Ausbaus der Trainertätigkeit und vor allem der Bezahlung dargelegt. Das ist wunderbar. Dann kommt aber die Seite 4. Auf dieser Seite geht es um Gehaltserhöhungen bei hauptberuflichem Leistungssportpersonal usw. Da denke ich: So eine Diskussion haben wir doch vor Kurzem schon bei den Beamten gehabt. Da haben Sie nämlich auch die Beamten ab A11 bzw. A13 rasiert, und die Beamten der unteren Besoldungsgruppen haben Sie entsprechend angepasst wie die Tarifbeschäftigten.

Die Liste, die Sie hier vorlegen, sieht vor, dass ein Trainer, der 2.500 € verdient, demnächst 10 % mehr bekommt, und derjenige, der 4.000 € verdient, aber nur 2,5 %. Das kann man so machen. Aber das wird natürlich bei dem internationalen Wettbewerb im Leistungssportbereich nicht funktionieren. Es ist einfach nicht möglich, einen 100-m-Lauf sozial gerecht zu organisieren.

(Beifall von der CDU)

Es ist auch nicht möglich, einen Boxkampf sozial gerecht zu organisieren. Da gewinnt einer, und die anderen verlieren. Dafür brauchen Sie auch die trainermäßigen Voraussetzungen. Wer aber nur den Durchschnitt fördert, wird auch nur den Durchschnitt ernten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch genau das Problem, das wir an dem Medaillenspiegel bei internationalen Wettbewerben sehen. Von daher meine ich, dass Sie das System noch einmal überdenken sollten. Vielleicht macht es ja auch Sinn, Erfolge beim Honorar bzw. beim Gehalt entsprechend zu berücksichtigen. Das könnte man ja machen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh?

Holger Müller (CDU): Gerne doch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett.

Holger Müller (CDU): Immer. Das gestattet er mir ja auch.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Müller, vielen Dank für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen. Eben habe ich von Prof. Dr. Dr. Sternberg gelernt, dass bei der pauschalen Kürzung der Förderprogramme in der Größenordnung von 20 % der Kulturbereich nicht zur Verfügung steht; das sei eine Festlegung der CDU-Fraktion. Daher die Frage, wie Sie die dann wahrscheinlich um 3 bis 4 % erhöhte Kürzung der Sportfördermittel, der freiwilligen Ausgaben, erbringen wollen. Welche Programme beim Landessportbund oder welche sonstigen Fördertatbestände müssen denn jetzt eingestellt oder gekürzt werden?

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Holger Müller (CDU): Nun will ich Ihnen nachsehen – das ist kein Vorwurf; ich habe dieses Papier der Ministerin auch erst heute Morgen bekommen –, dass Sie das Papier noch nicht kennen. Von daher gehe ich davon aus – ich kann das im Einzelnen noch nicht durchrechnen –, dass ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich meinte Ihr Papier, nicht das von der Ministerin!)

– Mein Papier zum Sporthaushalt? – Der Sporthaushalt sieht keine Kürzungen vor bis auf die ...

(Lachen von den GRÜNEN)

– Ja, Entschuldigung.

(Zuruf von Ministerin Ute Schäfer)

– Nein, auch seitens unserer Fraktion nicht. – Der Sporthaushalt sieht keine Kürzungen vor. Von daher verstehe ich die Frage nicht ganz. Der Sporthaushalt, den die Landesregierung vorlegt, ist finanziell in Ordnung. Wir haben auch deshalb, Herr Mostofizadeh, keinen Antrag gestellt. Es gäbe ja viele Anträge zur Förderung des Sportes zu stellen.

(Martin Börschel [SPD]: Kürzungsanträge haben Sie gestellt!)

– Im Sport?

(Martin Börschel [SPD]: Pauschal! Das wissen Sie nicht?)

– Ich wüsste jetzt nicht, wo das im Sport geschehen sollte. Das müsste man dann natürlich ... Sie wollen mich jetzt hier aufs Glatteis führen.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ja Ihr gutes Recht. Außerdem bin ich ausgesprochen dankbar, dass Sie meine Redezeit verlängern; das finde ich hochanständig von Ihnen.

Herr Börschel, wir haben im Sportausschuss – das können Ihre Kollegen bestätigen – dem Sporthaushalt nichts entgegengehalten, was Kürzungen anbetrifft, auch nichts, was zusätzliche Ausweitungen angeht. Wir haben den Pakt für den Sport mit dem Landessportbund gelobt. – Ich weiß nicht, was Sie von mir wollen.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

– Nein, ich weiß wirklich nicht, was Sie von mir wollen. Mehr als diesem Sporthaushalt zuzustimmen, was wir ja getan haben, können wir doch nicht tun. Oder sollen wir jetzt vor Ihnen auf die Knie gehen und uns untertänigst für dieses Werk bedanken?

Dann will ich Ihnen noch sagen, warum wir dem Sporthaushalt zustimmen. Weil das im Grunde genau ...

(Zuruf von der FDP)

– Ja, sicher. Weil das die Fortschreibung der erfolgreichen schwarz-gelben Sportpolitik ist!

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

– Ich weiß jetzt nicht, warum Sie lachen. Wissen Sie, ich glaube, es macht keinen großen Sinn mehr, auf die Zwischenfrage weiter zu antworten. Es gibt intellektuelle Grenzen, die selbst ich nicht unterschreiten möchte.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit)

Zu den Trainern: Wir werden das natürlich im Sportausschuss noch einmal besprechen. Frau Schäfer, ich halte die Liste, die Sie hier vorgelegt haben, die übrigens mit Ausweitung nichts zu tun hat, für überdenkenswert.

Gestatten Sie mir zum Abschluss einige Worte zu der gescheiterten Olympiabewerbung. Herr Mostofizadeh, Sie amüsieren sich. Ich halte das, was in München und Umgebung gelaufen ist, für nicht gut. Die gescheiterte Olympiabewerbung ist für den Standort Deutschland ein böser Niederschlag.

(Beifall von der CDU- Zuruf von den GRÜNEN: Seehofer!)

Dafür kann man jetzt viele Gründe nennen, warum, weshalb und wieso. Nur, eines können Sie mir jetzt einmal erklären: wieso der oberste Sportfunktionär dieser Republik, Herr Dr. Vesper, der hier als Sportminister gesessen hat und lange Ihr sportpolitischer Sprecher war, für die Olympiabewerbung war und warum die grüne Partei, der er selber angehört, in München und Umgebung so gegen die Olympiabewerbung gewettert hat. – Das ist eine Doppelzüngigkeit zum Schaden unserer Republik.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Müller. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Kollege Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Müller, ich muss das für die Zuschauerinnen und Zuschauer wohl noch einmal übersetzen: Ihr Auftrag war, über den Sporthaushalt des Haushaltsplans 2014 zu reden.

(Christof Rasche [FDP]: Generaldebatte!)

Ohne die Zwischenfragen, für die ich ausgesprochen dankbar bin, hätten Sie, fürchte ich, überhaupt keinen Satz dazu gesagt. Was Sie aber dazu gesagt haben, war außerordentlich konfus.

Herr Rasche, der Kollege Müller hat im Ausschuss dem Haushalt nicht zugestimmt. Er hat ja erzählt, er hätte dem Sporthaushalt zugestimmt. Das hat er aber gar nicht getan. Er hat keine Begründung gefunden, warum er ihn ablehnen könnte. Aber zugestimmt hat er auch nicht. – Er wird dann ja gleich zustimmen, nehme ich an, wenn wir hier abstimmen; das ist ja auch wunderbar.

(Holger Müller [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, ich will jetzt keine Zwischenfrage beantworten, sondern mich erst einmal an Ihnen abarbeiten, Herr Müller.

Es ist völlig konfus, was Sie hier vorgetragen haben. Sie haben hier etwas über Trainerförderung vorgebracht. Für die Zuschauerinnen und Zuschauer: Das Papier haben wir heute Morgen bekommen. Die Haushaltsberatungen führen wir seit Wochen. Es kam keine Begründung, warum Sie den Haushalt ablehnen. Jetzt erklärt er plötzlich, dass er zu-

gestimmt hätte. Ich bin einfach ratlos, Herr Müller, über das, was Sie vorgetragen haben.

Was ich Ihnen übel nehme – jetzt komme ich noch einmal auf den Punkt Trainerförderung zu sprechen –, ist der Satz, wir produzierten Durchschnitt. – Sie sitzen bei uns im Sportausschuss, wo wir voller Stolz nach Olympischen Spielen feststellen, dass die NRW-Sportlerinnen und Sportler wahrlich nicht Durchschnitt waren, sondern ganz hervorragend abgeschnitten haben. Dann klatschen wir gemeinsam Beifall und sagen: Wir sind ein tolles Sportland. Jetzt stellen Sie sich hierhin und erklären, die Trainerbesoldung führte dazu, dass hier nur Durchschnitt provoziert würde.

(Zuruf von Holger Müller [CDU])

Das ist auch eine Frechheit gegenüber den Sportlern. „Wir“ haben den Gold-Achter in Dortmund trainiert und trainieren ihn weiter; wir sind im Wintersport in Winterberg und Umgebung ganz hervorragend aufgestellt. Bayer Leverkusen „produziert“ hervorragende Leichtathletinnen und Leichtathleten.

Sie jedoch stellen sich hierhin und verkünden, das sei alles Durchschnitt. Denken Sie noch einmal über das von Ihnen hier Vorgetragene nach. Ich bleibe bei dem Wort „konfus“.

Ich will natürlich auch etwas zum Haushalt sagen. – Der Haushaltsentwurf zeigt, dass wir gut aufgestellt sind. Der erste Oppositionsredner jedenfalls hat keinen Grund gefunden, warum er etwas schlecht daran finden soll. Dazu passt auch, dass Sie keinen Änderungsantrag gestellt haben. Ich hoffe gleich auf Ihre Zustimmung bei der Abstimmung. Ich gehe jetzt fest davon aus. Sie haben ja angekündigt, dass Sie zustimmen. Das ist nachvollziehbar.

Wir sind erfolgreich in der Sportpolitik. Der Haushalt ist überrollt. Das haben Sie auf Nachfrage mitgeteilt. Es gibt einen einzigen Posten, bei dem es anders ist. Da geht es um das Fußballmuseum in Dortmund. Da ist es aber im Vertrag enthalten, dass pro Jahr veränderte Zahlungen geleistet werden. Also kann man guten Gewissens davon reden, dass im Grunde dieselben Ausgaben getätigt werden wie in dem Jahr zuvor.

Was wir noch haben, ist – das soll an dieser Stelle noch einmal betont werden – eine riesige Fortentwicklung im Bereich „Pakt für den Sport“. Wir haben eine Vereinbarung mit dem Landessportbund, mit dem organisierten Sport, wonach er bis 2017 regelmäßige Zahlungen seitens der Landesregierung erhalten kann. Er hat dadurch Planbarkeit bekommen.

Wenn ich daran erinnern darf – diejenigen, die nicht im Sportausschuss sind, können es ja gar nicht wissen –: Der Präsident des Landessportbundes hat von einem geradezu Neuanfang der Beziehung zwischen der Sportpolitik des Landes und der Arbeit des organisierten Sportes gesprochen.

(Marc Lürbke [FDP]: Das war letztes Jahr!)

– „Pakt für den Sport“ war dieses Jahr.

(Marc Lürbke [FDP]: Nachdem Sie gekürzt haben, gab es eine Verstimmung!)

– Nein, es gab keine Verstimmung mit dem Landessportbund. Es gab eine Verhandlungsphase. Ich habe die Verhandlungen ganz persönlich ein Stück weit begleitet. Nein, es gab keine Verstimmungen. Diese Behauptung ist wirklich nicht richtig, ist nicht wahr. Es gab Verhandlungen – da geht es um Geld –, da gab es Phasen der Verhandlungen, in denen es Diskussionsbedarf gab und in denen man uns als Abgeordnete angesprochen hat, damit wir möglicherweise im Sinne des Landessportbundes einwirken sollten. Das ist ganz typisch für Verhandlungen. Ich habe das nie für eine Phase der Spannung oder dergleichen mehr gehalten. Das hätte ich auch dann nicht, wenn ich zur Opposition gehören würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun könnte man sagen, „Zufriedenheit ist der Feind des Fortschritts“. Es gibt aber durchaus einen Grund, im Moment zufrieden zu sein, was die Finanzierung der Sportpolitik mit den beiden Elementen, die ich genannt habe, angeht.

Ich möchte eine kleine Begebenheit hinzufügen. Wir waren vor zwei Wochen – ich habe Sie da vermisst, Herr Müller – bei der Mitgliederversammlung des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportes in Bochum, in Nordrhein-Westfalen. Da ist die Ministerin mit den Worten verabschiedet worden, dass NRW bei der Finanzierung des Hochschulsportes vorbildlich ist und dass der Sportverband dankbar wäre, wenn andere Länder den Hochschulsport in einer ähnlichen Größenordnung fördern würden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Bischoff, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Müller?

Rainer Bischoff (SPD): Nein. Ich hatte das schon gesagt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Grundsätzlich nicht.

Rainer Bischoff (SPD): Von Herrn Müller? – Ich arbeite mich an ihm ab. Da will ich keine Zwischenfragen mehr haben, um das zu wiederholen, weil ich ja sonst gar nicht mehr dazu komme, das vorzutragen, was ich eigentlich vorhatte. Ich habe eh nur noch 20 Sekunden. Das ist der Punkt.

(Ralf Witzel [FDP]: Es wird doch nicht auf die Redezeit angerechnet!)

Aber ich habe eine Systematik in meiner Rede, Herr Witzel. Die baue ich systematisch auf.

Es stehen noch die Komplexe „Inklusion im Sport“ und „Gewalt in und am Rande von Sport“ – ich kann das mit Stichworten machen – an. Diese Aufgaben werden uns begegnen. Eine Neuigkeit ist, dass es in Berlin mit Blick auf das Anti-Doping-Gesetz neue Entwicklungen gibt. Die CDU und DOSB haben ihre Positionen insofern verändert. Ich bin gespannt, Herr Müller, ob das der Sportarbeitskreis der CDU im Lande auch tun wird.

Wir sind auf dem Weg, jetzt Anti-Doping-Gesetze zu verabreden. Es wird sehr spannend sein, denke ich, wie man das juristisch genau festnageln kann. Damit werden wir uns beschäftigen müssen. Es bleibt viel zu tun.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte um Zustimmung zum Haushalt. Ich freue mich auf die Zustimmung der CDU und freue mich auf ein spannendes Sportjahr 2014. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kolleginnen und Kollegen, um die Sache klar auf den Punkt zu bringen: Es gibt die Kurzintervention nur, wenn sie über die Parlamentarische Geschäftsführung während der Rede angemeldet wird. So haben wir es gemeinsam im Hohen Hause vereinbart. Insofern kann ich darauf leider so jetzt nicht eingehen. Das können wir so nicht machen. Das müsste formal anders laufen. Sonst fangen wir an, Ausnahmen zu kreieren. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Ich begrüße am Rednerpult für die FDP-Fraktion zum Thema „Sporthaushalt 2014“ Kollegen Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! In der Tat konnte der Landessportbund nach langen und zähen Verhandlungen endlich den „Pakt für den Sport“ mit der Landesregierung unterzeichnen. Herr Bischoff, ich teile dennoch nicht ganz Ihre Einschätzung, was die Verstimmung betrifft.

Ich war auch letztes Jahr auf der Mitgliederversammlung des LSB – kurz nachdem durch die Hintertür, quasi still und klammheimlich, die Zuweisungen an den Landessportbund um 1 Million € gekürzt wurden. Da habe ich dann schon so etwas wie Verstimmung gespürt. – Sei es drum.

(Beifall von der FDP)

Mit dem „Pakt für den Sport“ ist nach dem, wie ich finde, unerfreulichen Herumdoktern an den Zuweisungen im letzten Jahr jetzt ein Sprung nach vorne gemacht. Bis zum Jahre 2017 – das sagen Sie völlig zu Recht – fließen Landesgelder an den LSB. Der Landessportbund hat somit finanzielle Planungssicherheit. Das ist gut; das ist gut für den or-

ganisierten Sport; das ist ein wichtiger Schritt für unsere hochgeschätzten Partner des LSB und die über 5 Millionen Menschen in den 20.000 Sportvereinen in Nordrhein-Westfalen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen trotzdem schauen, ob der „Pakt für den Sport“ auch noch in zwei, drei, in vier Jahren den Erwartungen und vor allem den Herausforderungen des Sports in Nordrhein-Westfalen gerecht wird. Die FDP wird die weitere Entwicklung genau im Auge behalten und, wie man so schön sagt, kritisch begleiten. Dazu gehört natürlich, dass wir stets Hilfe anbieten und unseren konstruktiven Beitrag auch leisten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen versteht sich als Sportland Nummer eins. Nordrhein-Westfalen wirbt damit. Wenn man sich die Zahlen des Haushalts aber genauer anschaut, dann bleibt festzustellen: Der Sport ist Rot-Grün lediglich genau 0,26 % des gesamten Haushaltsvolumens wert. Im vergangenen Jahr betrug der Anteil

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir sollen doch mehr sparen, nicht weniger!)

– lassen Sie mich ausreden, Herr Kollege – noch 0,3 %. Jetzt kann man sagen, das seien nur Stellen nach dem Komma. Letztlich reden wir aber über Millionensummen für den Sport. Es ist schon ernüchternd, welche Bedeutung, welchen Stellenwert der Sport in Nordrhein-Westfalen insgesamt hat.

Herr Kollege, es geht mir nicht analog zum Gesamthaushalt um das plumpe Aufpumpen des Etats nach rot-grüner Art oder neuerdings auch in der Manier der neuen Großen Koalition. Nein, man kann dieses Geld auch mit mehr Esprit und mehr Sinn verteilen. Es müssen zum Wohl aller Bürger Nordrhein-Westfalens die richtigen Stellschrauben im Sport gedreht werden, und hier setzt die Landesregierung in unseren Augen die falschen Prioritäten. Also lassen Sie den Sport bitte nicht zur Randsportart werden!

(Beifall von der FDP)

Es ist doch gerade der Sport, der soziologischen, medizinischen, pädagogischen und zuletzt auch ökonomischen Nutzen verleiht und damit ein unverzichtbares Element für eine reibungslos funktionierende Gesellschaft darstellt.

Damit sind wir auch schon bei dem wichtigen Thema Inklusion, mit dem wir uns in den kommenden Jahren massiv beschäftigen werden. Wir Liberale – das will ich ganz ausdrücklich sagen – wollen die Inklusion mit Qualität flächendeckend voranbringen und erkennen hierin auch eine wichtige Landesaufgabe. Nur hilft es dann auch nichts, sich auf der rot-grünen Regierungsbank für das Thema abzufeiern und gleichzeitig den Landessportbund und den Behindertensportverband mit den damit verbundenen Herausforderungen allein zu lassen. – Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall von der FDP)

Angesichts des vor uns liegenden Marathonlaufs der Inklusion müssen wir alle uns – wenn wir im Bild bleiben – wie ein guter Sportler intensiv vorbereiten und uns aufwärmen. Überhastete Schnellstarts führen bei diesem Langstreckenlauf sicher nicht zum Erfolg. Aber im Sport bin ich guter Dinge, dass wir hier ein fraktionsübergreifendes gutes Teamplay hinbekommen werden.

Ich sehe darüber hinaus mit großer Sorge auf die Zukunft des Spitzensports in Nordrhein-Westfalen. Kollege Müller hat schon auf die Trainerfinanzierung Bezug genommen.

Wir müssen uns fragen: Wie machen wir im Spitzensport weiter? – Die Finanzierungsmittel reichen für die Beibehaltung des facettenreichen Status quo nicht mehr aus. Die Finanzdecke ist für die Abdeckung der gesamten Palette des Spitzensports zu klein geworden.

Wohin führt das? – Entweder schlägt typisch rot-grüne Gleichmacherei durch und der Leistungssport bricht in Nordrhein-Westfalen völlig weg, oder es kommt zu einer Konzentration des Leistungssports auf einige wenige Sportarten. Beides ist letztlich unbefriedigend. Nur, lange dürfen wir mit der Beantwortung dieser Fragen nicht warten – die Problematik drängt –, wenn wir Sportland Nummer eins bleiben wollen.

(Beifall von der FDP)

Ich gebe ein Beispiel: Liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es ernsthaft sein, dass ein Spitzenkanute sein Boot auf eigene Kosten von mehreren Tausend Euro über Ländergrenzen hinweg zum Wettbewerb transportieren muss, wir uns danach aber seine Erfolge zuschreiben nach dem Motto – Herr Bischoff, das sind übrigens genau Ihre Worte –: „Das ist unser Mann“, oder eventuell als Nordrhein-Westfalen sogar noch unzufrieden sind, wenn die Leistung am Ende nicht stimmt? – Das kann es auch nicht sein. Hier müssen wir gerade im Spitzensport noch einmal nachlegen.

(Beifall von der FDP)

Sozusagen kurz vor dem Abpfeiff hier noch ein Wort: Das Thema Sport war in diesem Hause traditionsgemäß vielleicht weniger konfliktreich als andere Politikfelder und wurde fraktionsübergreifend ganz besonders nach Fair Play behandelt. Wir Liberale würden diese Tradition gerne fortsetzen und appellieren daher an unsere rot-grünen Kollegen, auch künftig Teamgeist zu zeigen. Dann bewegen wir etwas Gutes für den Sport in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lürbke. – Für die Grünen-Fraktion spricht nun zum Thema Sport unsere Kollegin Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bislang haben wir hier schon sehr interessante Ausführungen gehört. Auf der einen Seite wird immer darauf herumgeritten, der Haushalt hätte zu hohe Aufwüchse und die Verschuldung wäre zu hoch. Auf der anderen Seite fordern CDU und FDP allerdings einhellig Aufwüchse bei der Finanzierung des Leistungssports. Dann fordert die CDU auch noch Pauschalkürzungen bei den Förderprogrammen – wobei, Herr Müller, Ihre Fraktion Sie wohl aufs Glatteis geführt hat, weniger die Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh. Das passt doch vorne und hinten nicht.

Sie müssen sich schon einmal fragen, was Sie eigentlich wollen. Sie kommen hierher und beschreiben mit blumigen Worten, wie Sie sich das vorstellen; weit und breit ist aber kein Konzept zu erkennen; weit und breit sind keine konkreten Haushaltsanträge zu erkennen. Mit blumigen Worten, lieber Herr Kollege Lürbke und lieber Herr Kollege Müller, werden die von Ihnen gerade beschworenen Boote sicherlich auch nicht vom Bootshaus auf die Regattastrecke kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Müller, dann will ich gleich noch mit zwei Missverständnissen aufräumen, die Sie gerade im Zusammenhang mit der möglichen Olympia-Bewerbung Münchens ins Feld geführt haben.

Missverständnis Nummer eins: Dr. Michael Vesper ist DOSB-Generaldirektor und sitzt nicht etwa für die Grünen in irgendeiner Fraktion in Bayern, weder im Landtag noch im Stadtrat von München.

Missverständnis Nummer zwei: In vier Kommunen haben sich die Bürgerinnen und Bürger, also die Bevölkerung, gegen diese Bewerbung entschieden. Es waren nicht etwa die Grünen, die darauf gedrängt und im Alleingang eben mal die Bewerbung abgeräumt haben.

Diese Art, das zu übergehen und es pauschal abzutun – wie Sie es in Ihrer Rede gerade getan haben –, ist die Arroganz der Macht, die dazu geführt hat, dass die Bevölkerung von München und Umgebung entschieden hat: Wir wollen das so nicht; wir wollen, dass das mit uns gemacht wird und nicht über unsere Köpfe hinweg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte, weil gerade der Leistungssport sehr weit aufgefächert worden ist, noch einmal sagen: Ja, wir sind ein Leistungssportland, und wir sind ein starkes Leistungssportland. Aber der Sport ist eben mehr als Tore und Rekorde, und dem muss eine

verantwortliche Sportpolitik aus meiner Sicht Rechnung tragen.

(Beifall von der SPD)

Wir reden hier auch von einem Kitt der Gesellschaft; da werden Sie mir sicher nicht widersprechen. Wir reden hier vom wichtigsten Träger des Ehrenamts, und wir reden hier von einem großen und wichtigen Träger der außerschulischen Jugendarbeit. Natürlich – da sind wir uns alle einig – steht der Sport auch vor großen Herausforderungen: Das Engagement verändert sich. Inklusion, Integration, demografischer Wandel, verändertes Sportverhalten und offener Ganztags sind keine ganz neuen Themen, aber die Herausforderungen wachsen auch auf.

Der Sport hat darüber hinaus auch eine gesellschaftspolitische Verantwortung. Gerade in der öffentlichen Debatte um die Olympischen Spiele, um die Einhaltung von Menschenrechten und um die Einhaltung von Arbeitsbedingungen usw. ist das noch einmal sehr stark zum Tage gekommen.

Aber auch in Nordrhein-Westfalen hat der Sport eine gesellschaftspolitische Verantwortung. Wir wollen keine Gewalt und keine Diskriminierung. Das hat im Sport nichts zu suchen. Da gilt es, dass Politik, organisierter Sport, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam diesen Phänomenen entschieden entgegenzutreten.

Genau diesen vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen trägt der „Pakt für den Sport“ zwischen Landesregierung und Landessportbund Rechnung.

Ich muss sagen, das ist ein großer Unterschied: Sie haben in Ihrer schwarz-gelben Regierungszeit auch Papiere mit dem Landessportbund unterschrieben. Unglücklicherweise gab es dabei aber nicht die verlässliche Zusicherung einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage auf mehrere Jahre hinaus. Sie haben eben kein Geld in die Hand genommen, was wir in diesem Fall getan und eine verlässliche Finanzierungsgrundlage bis 2017 geschaffen haben.

(Zuruf von den PIRATEN: Hört, hört!)

Die Sportförderung wird mit dem „Pakt für den Sport“ und auch mit dem gesamten Sporthaushalt auf einem hohen Niveau abgesichert. Außerdem ist dazu zu betonen: Mit den von Ihnen vorgeschlagenen Pauschalkürzungen legen Sie, obwohl Sie gerade die Wichtigkeit dieses Bereiches betont haben, die Axt an diese verlässliche Sportförderung an. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sport ist auch ein Querschnittsthema. Deshalb möchte ich auf die Kommunen eingehen. Insbesondere die Kommunen sind nämlich zentraler Handlungsort der Sportentwicklung. Ihnen geben wir mit der Sportpauschale und den 50 Millionen € aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz noch einmal entscheidende Hilfen, damit sie den Herausforderun-

gen in der Sportentwicklung gerecht werden können. Auch das muss an dieser Stelle Erwähnung finden.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der zwar auch nicht originär dem Sporthaushalt entstammt, aber vielfach auch im Sportausschuss diskutiert worden ist. Es geht dabei um die aktive und bunte Fankultur und die lebendige Fankultur, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Darauf sind wir mit Sicherheit alle zu Recht stolz. Wir haben das in diesem Haus sehr differenziert und ausführlich miteinander diskutiert, was ich richtig und wichtig finde. Wir haben das auch nicht nur als sicherheitspolitisches oder ordnungspolitisches Thema diskutiert, sondern auch als Aspekt von Sport und Jugend.

Dazu möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass im Kinder- und Jugendförderplan eben auch eine sichere Finanzierungsgrundlage geschaffen ist, um die wichtige sozialpädagogische Arbeit der Fanprojekte zu sichern und wo möglich und nötig auch noch auszubauen.

Insgesamt lässt sich also, denke ich, sagen: Die Förderung von Bewegung, Sport, Spiel und Fankultur und was alles damit einhergeht ist mit Rot-Grün auf eine verlässliche Grundlage gestellt worden. Es hat mit dem „Pakt für den Sport“ auch eine ganz konkrete Perspektive bis 2017 erfahren. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Paul. – Für die Piratenfraktion hat nun Herr Kollege Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Plenum! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Der Sporthaushalt liegt wie im letzten Jahr – alle Ressorts mit eingerechnet – bei 170 Millionen €. Schon damals habe ich gesagt, 170 Millionen € klingt viel, aber damit kann man nicht einmal eine Brücke sanieren.

Natürlich kann man sagen, ja, es ist gut, dass der Sporthaushalt trotz des Konsolidierungszwanges auf dem gleichen Niveau erhalten blieb. Aber gleichbleibendes Niveau heißt auch: keine Veränderung. Es kann sein, dass „keine Veränderung“ in den Ohren der regierungstragenden Fraktionen und in den Ohren der Vertreter auf der Regierungsbank gut klingt. Aber wir sehen das anders. In unseren Augen ist „keine Veränderung“ ein Ausdruck von Stillstand und Ideenlosigkeit.

Stillstand und Ideenlosigkeit sind anscheinend auch die höchsten Maxime in der Sportförderung, wenn es zum Beispiel um Inklusion geht.

Nehmen wir beispielsweise den Bereich Sportstätten bzw. die barrierefreie Zugänglichkeit von Sport-

stätten. Sie bemühen sich, im Rahmen der 50-Millionen-€-Sportstättenpauschale die Bedarfe der Inklusion in Zukunft stärker zu gewichten. Wie wollen Sie denn die barrierefreie Zugänglichkeit stärker gewichten, wenn sich alle Experten einig sind, dass es die barrierefreie Zugänglichkeit überhaupt nicht gibt? Sie müssen sich doch nach den einzelnen Bedarfen der Behinderten und Gehandikapten ausrichten. Ein Rollstuhlfahrer stellt eine ganz andere Anforderung an die Sportstätte wie ein Blinder. Auch das wissen wir aus der Anhörung.

Mir bleibt zu sagen: Sie haben keine Zahlen, Sie haben keine Daten, Sie haben keine Ahnung, was vor Ort wichtig ist. Sie haben nur Hochglanzbroschüren. Was das soll, weiß ich nicht. Wieso investieren Sie nicht einfach und nehmen Geld in die Hand und entwickeln ein Konzept für barrierefreie Sportstätten?

(Josefine Paul [GRÜNE] schüttelt mit dem Kopf.)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass Sie einen Kriterienkatalog entwickeln, wir wollen, dass Sie eine Begehung aller Sportstätten vornehmen und alle Daten für barrierefreie Sportstätten digital aufbereiten, sodass die Kommunen darauf Zugriff haben. Open Data lautet auch in Bezug auf Sportentwicklung und Barrierefreiheit das Zauberwort.

Damit könnte nicht nur den Kommunen eine Übersicht zur Verfügung gestellt werden, sondern man beschleunigte auch die Entwicklung von inklusiven Sportangeboten erheblich.

Woran fehlt es denn am häufigsten? – Am häufigsten fehlt es an den geeigneten Sportstätten zur Umsetzung von inklusivem Sport. Viele Ehrenamtler suchen händeringend nach geeigneten Sportstätten.

Natürlich muss sich auch in den Köpfen etwas ändern. Doch auch hier zeichnen Sie sich durch Stillstand und Ideenlosigkeit aus. Die Entwicklung und Verstetigung von Übungsleiteraus- und -fortbildung und die Entwicklung und Umsetzung von inklusiven Sportangeboten müssen entsprechend gefördert werden.

Meine Damen und Herren, wir benötigen eine moderne Förderstruktur, die auf die unterschiedlichen Bedarfe und Entwicklungen in der Bevölkerung eingehen kann.

Ich möchte hier auch nicht auf die dritte Säule in der Sportförderung zu sprechen kommen. Das hatten wir ja schon einmal. Hier ist man offenbar noch nicht bereit dazu.

Aber für bestimmte Zielgruppen ist es aus unserer Sicht notwendig, die Strukturfrage zu stellen. Es reicht eben nicht aus, dem Landessportbund ca. 38 Millionen € zur Verfügung zu stellen und 50 Millionen € nach dem Gießkannenprinzip stärker zu gewichten und dann zu hoffen, dass alles gut wird.

Wir benötigen flexible Netzwerke, die auf kommunaler Ebene wirken und mit Landesmitteln finanziert und gestärkt werden. Nur auf diese Art und Weise können wir die Bedarfe der Inklusion und die Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels im Hinblick auf die Sportlandschaft bewältigen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Nun hat sich für die CDU-Fraktion Herr Kollege Müller noch einmal zu Wort gemeldet. Sie haben geschlagene 59 Sekunden, Herr Müller. Das wird jetzt eine Freude.

Holger Müller (CDU): Herr Kollege Bischoff, nur der guten Ordnung halber: Ich hatte vor wenigen Wochen eine umfangreiche Operation und einen Krankenhausaufenthalt. Deshalb bitte ich, mir nicht vorzuwerfen, dass ich nicht beim Kongress der Hochschulen war. Wenn Sie es nicht gewusst haben, ist es hiermit erledigt.

Frau Paul, Sie haben hier behauptet, die schwarzgelbe Koalition hätte auch so etwas wie einen Pakt für den Sport gehabt. Das wäre aber alles nichts gewesen. Vor allen Dingen haben Sie gesagt, dass der Landessportbund nie in ausreichendem Maße Mittel bekommen hätte.

Das entspricht nicht der Wahrheit. Es ist einfach unwahr. Der Landessportbund hat nach – zugegebenermaßen – ganz harten Verhandlungen immer auskömmlich Geld bekommen. Wenn das jetzt anders geregelt ist, habe ich nichts dagegen. Ich bitte aber, bei der Wahrheit zu bleiben. Wir haben den Landessportbund zu jeder Zeit und im Einvernehmen mit dem Landessportbund entsprechend auskömmlich finanziert. Ich bitte, nicht weiter zu behaupten, das wäre nicht so gewesen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Müller. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Bemerkung vorab: Der Sport ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Landes, der Kommunen, der Sportverbände. Es entstand hier zeitweise der Eindruck, das Land Nordrhein-Westfalen müsste alles alleine schultern und hätte die entsprechenden Defizite. Das möchte ich nun gerade rücken.

Ich beginne mit dem „Pakt für den Sport“, der in der Tat eine ganz besondere Bedeutung für Nordrhein-Westfalen hat, den wir am 17. Juli mit dem Lan-

dessportbund abgeschlossen haben und von dem in gleicher Weise der Breitensport als auch der Leistungssport profitiert. Es profitieren die Jüngsten im Land als auch die Älteren. Der Landessportbund ist ja sehr breit in seinem Programm aufgestellt. Außerdem profitieren auch Menschen mit Behinderungen und diejenigen, die aus sozialen Gründen kaum Zugänge zum Sport haben und die wir auch stärker einbeziehen wollen.

Der Sport leistet damit einen ganz wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Und der Landessportbund kann sich darauf verlassen, dass der „Pakt für den Sport“ ihm bis zum Ende der Legislaturperiode 34,4 Millionen € jährlich sichert.

Herr Müller, der entscheidende Unterschied ist: Sie haben während Ihrer Regierungsverantwortung mit dem Landessportbund das „Bündnis für den Sport“ abgeschlossen. Dahinter lag aber keine finanzielle Absicherung für mehrere Jahre. Jetzt ist hier Planungssicherheit eingetreten, weil wir gesagt haben, wir machen den Landessportbund unabhängig von den Ausschüttungen der Glücksspielerträge. Das ist doch die entscheidende Veränderung. Damit gibt es Stabilität, und damit gibt es Planungssicherheit für den Sport und für unsere Sportvereine in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Im Sportkapitel selbst sind rund 65,7 Millionen € veranschlagt. Und wir tragen damit als Land – nur um Ihnen eine Größenordnung zu nennen – 17 % der Kosten für den Sport. 75 % tragen die Kommunen. Auch hier erfolgt, ähnlich wie in der Kultur, die Hauptunterstützung durch die kommunale Familie. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Kommunen stabilisieren und stärken. Auch das wird sich im Sport dann niederschlagen, auch positiv niederschlagen.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Ich weise auch noch einmal darauf hin, dass wir in der Tat eine kleine Reduzierung des Etats haben, die aber darin begründet liegt, dass wir eine planmäßige Minderung des Investitionskostenzuschusses für das Deutsche Fußballmuseum in Höhe von 3,7 Millionen € verzeichnen. Die muss man abrechnen. Ich möchte aber an dieser Stelle schon einmal deutlich machen, dass ich mich freue, wenn es endlich eröffnet wird. Wir sind alle gewiss neugierig, wie sich das Museum dann in Dortmund präsentiert.

Die Ansätze für Sportförderung werden auf gleichem Niveau wie im Vorjahr fortgeschrieben.

Uns in Nordrhein-Westfalen ist es ein besonderes Anliegen, Kinder und Jugendliche besonders zu unterstützen. Deswegen fördern wir auch den Ausbau von Angeboten in den Kindertageseinrichtungen und im Ganztage. Kinder und Jugendliche brauchen Bewegung, heute mehr als vor zehn oder 20 Jahren.

Ich darf wirklich sagen, dass mit maßgeblicher Beteiligung unserer Sportorganisationen in den Kitas und in den Schulen hier wirklich Vorbildliches geleistet wird. Wer sich einmal Bewegungskindergärten angeschaut hat, die sich auf den Weg gemacht haben, ein besonderes Programm anzubieten, der weiß zu schätzen, was Sportvereine und die Teams in den Kitas vor Ort wirklich leisten.

Wir gehen auch bei der Inklusion voran und unterstützen dabei Vereine und Verbände. Aber welche Möglichkeiten haben wir? – Wir haben zuerst einmal alle Beteiligten an einen Tisch gebracht und werden gezielt Erfahrungen sammeln, wie Inklusion im Sport am besten funktionieren kann.

Aber noch einmal zum Ausbau der Sportstätten. Ich möchte deutlich darauf hinweisen: Wir setzen Rahmenbedingungen, wie wir die Förderung gestalten. Dazu gehört es, dass die Sportstätten barrierefrei sind. Aber wie Sportstätten geplant werden, ist zu einem Großteil der kommunalen Selbstverwaltung geschuldet. Das heißt, die Kommunen müssen natürlich ihre Akzentuierungen setzen, müssen sagen, was ihnen wichtig ist. Wir können nur den Rahmen vorgeben.

Was wir allerdings machen und in Auftrag gegeben haben, ist in der Tat, wie man Barrierefreiheit bei den von uns in besonderer Weise geförderten Sportstätten, bei den Landesleistungsstützpunkten oder auch bei den Sportstätten, die wir bei den Sportschulen entsprechend mitfinanzieren, realisieren kann.

Wir sind auf einem guten Weg. Ich bekomme Rückmeldungen, dass die Sportpauschale nach wie vor ein gutes Förderinstrument ist, gekoppelt mit dem Sportstättenfinanzierungsprogramm der NRW.BANK. Das bietet allen Möglichkeiten, die Sportstätten weiter auszubauen.

Ein paar Anmerkungen zum Leistungssport. Wenn hier so viel Kritik laut wird, dass wir den Leistungssport nicht entsprechend unterstützen würden, dann wundere ich mich darüber, dass wir tatsächlich im Leistungssport in Nordrhein-Westfalen so hervorragende Ergebnisse erzielen. Die Kritik passt nicht zu dem Output, der hier in Nordrhein-Westfalen stattfindet, der über die Leistungsstützpunkte und über die Vereine mitgetragen wird.

Ich weise noch einmal darauf hin: Wir haben ein Konzept „Leistungssport 2020“, das wir konsequent umsetzen. Da sitzen am Tisch: der Landessportbund, die Sportstiftung, der Deutsche Olympische Sportbund mit den Olympiastützpunkten und die Landesregierung. Dieses Konzept wird konsequent überprüft, fortgeschrieben und weiterentwickelt.

In einem anderen Kapitel sind auch große Fortschritte zu verzeichnen: bei den NRW-Sportschulen. Ich möchte noch einmal betonen: Der Enthusiasmus, mit dem sich Schüler, Lehrer, Trainer und das gesamte Umfeld in diesen Sportschu-

len dem Thema „Leistungssport“ und „Förderung von Sport und schulischer Bildung“ widmen, ist absolut beeindruckend.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und von dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten einen ganz herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Holger Müller [CDU]: Sie wissen doch, wer das eingeführt hat?!)

– Ich habe auch nie gesagt, dass das eine schlechte Idee ist.

Und die Sportschulen, die die Förderung bekommen, freuen sich darüber. Wir wollen die Anzahl auf 18 ausweiten. Auch dem Schulministerium sei Dank. Das machen wir ja in Kooperation mit großem Erfolg.

Es gibt fraktionsübergreifend – das hat sich heute nicht so dargestellt – schon eine große Einigkeit darin, den Sport zu unterstützen. Ich sage ausdrücklich: Das ist gut für die Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte mich auch ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit bei allen Beteiligten im Ausschuss und auch darüber hinaus bedanken.

(Beifall von der SPD)

Trotzdem, Herr Müller, kann ich Ihnen eins nicht ersparen. – Wo habe ich den Zettel? – Ich habe ihn gar nicht mitgebracht.

(Lachen von der CDU)

Er liegt noch auf meinem Tisch. – Ihre Fraktion hat den Antrag gestellt, 116 Millionen € über alle Förderprogramme zu kürzen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Da gibt es eine Klammer, in der steht: außer in den Kommunen. – Heute haben wir von Ihnen allerdings gehört: Für die Jugend gilt das nicht. Für die Kultur gilt das nicht. Jetzt gilt das auch nicht für den Sport.

Ich bitte Sie: Gehen Sie noch mal in sich, und erläutern Sie der Öffentlichkeit, was Sie mit Ihrem Kürzungsvorschlag meinen! Wir verstehen das nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Oliver Bayer [PIRATEN])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind am Ende der Debatte zum Einzelplan 07. Da wir jetzt gerade erst 14 Uhr haben, greife ich den Vorschlag aller Parlamentarischen Geschäftsführer an das Präsidium auf – das Präsidium hat sich damit einverstanden erklärt –, die Abstimmung dazu zusammen mit der Abstimmung zum Einzelplan 15 zu machen. Sonst wird es jetzt zu hektisch. Ich hoffe, es gibt keinen Wider-

spruch. – Den sehe ich nicht. Danke. Dann wird so verfahren.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter**

Ich darf hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4415.

Wir kommen nun zum

**Teilbereich
Gesundheit, Pflege und Alter**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Preuß von der CDU-Fraktion das Wort.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich könnte ich es mir einfach machen und meine Rede vom vergangenen Jahr zum Einzelplan 15 zu Protokoll geben,

(Beifall von Ernst-Wilhelm Rahe [SPD])

denn es gibt in der Tat nichts wesentlich Neues zu diesem Einzelplan im Haushalt 2014, was wir hier besprechen könnten.

Das wichtige Thema „Gesundheit und Pflege“ wird wieder einmal nur verwaltet statt gestaltet.

(Ministerin Barbara Steffens: Lächerlich!)

Dabei stehen wir in der Gesundheitspolitik vor großen Herausforderungen auch hier im Land Nordrhein-Westfalen. Es ist unsere Aufgabe, Strukturen zu schaffen, zu überprüfen und weiterzuentwickeln, die eine qualitativ hochwertige, flächendeckende, zeit- und ortsnahe medizinische Versorgung der Patienten und Patientinnen ermöglichen und sicherstellen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf für 2014 weist keine Schwerpunkte auf; er bietet auch keine neuen Ideen. Prävention zum Beispiel bei Diabetes und den damit verbundenen Folgen wie die Behandlung chronischer Wunden oder psychischer Belastungen spielen für die Landesregierung offenbar keine Rolle.

Nach einer Erhebung im April 2013 ist die hausärztliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen in 69 Gemeinden gefährdet. Die CDU-Landtagsfraktion hat zu diesem Thema Vorschläge erarbeitet und vorgelegt. Der Hausärzteamtrag enthält einen umfangreichen Analyseteil und Feststellungen, die nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir reden offen von Politikversagen, wenn es nicht gelingt, das Problem der hausärztlichen Versorgung in den Griff zu bekommen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben klare Vorstellungen und Vorschläge, zum Beispiel wenn es darum geht, innerhalb des Medizinstudiums den Ausbildungsbereich der Allgemeinmedizin stärker zu gewichten, um den Beruf des Allgemeinmediziners attraktiver zu machen. Wir brauchen nicht nur Spezialisten, sondern auch Generalisten, die die Akutversorgung sicherstellen.

(Beifall von der CDU – Ministerin Barbara Steffens: Haben wir doch schon gemacht!)

Wir brauchen mehr Studienplätze im Fachbereich Medizin, um mehr Mediziner ausbilden zu können.

Wir brauchen medizinische Fakultäten nicht nur in den angestammten Ballungsräumen, sondern auch eine in Bielefeld, die eine Ankerfunktion für den stark betroffenen ländlichen Raum Westfalen-Lippe haben kann.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Wir hätten uns gewünscht, Frau Ministerin Steffens, wenigstens einmal Ihre Haltung zu diesen elementar wichtigen Fragen, die wir in unserem Antrag formuliert haben, kennenzulernen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das haben Sie doch gehört!)

Sagen Sie bitte, wie Sie eine medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen wollen, damit jeder Patient seinen Hausarzt wohnortnah aufsuchen kann.

(Ministerin Barbara Steffens: Wenn Sie im Ausschuss gewesen wären, hätten Sie das gehört!)

Die Menschen in diesem Land warten auf Ihre Antwort.

(Marc Herter [SPD]: Wie ist denn Ihre Antwort?)

Sie haben einen Krankenhausbedarfsplan in Kraft gesetzt. Sie sehen den Plan wohl als Einstieg in die qualitätsorientierte Krankenhausplanung, indem Sie Qualitätsstrukturen festlegen, die aber nicht alle Krankenhäuser, vor allen Dingen keine kleinen Krankenhäuser, bieten können, obwohl sie gute medizinische Qualität vorhalten.

Was geschieht jetzt mit diesen Krankenhäusern? Ich will unsere mehrfach geäußerte Kritik an diesem Plan nicht wiederholen, aber doch feststellen, dass Sie als verantwortliche Ministerin nicht den Mut hatten, klare Entscheidungen in der Frage zu treffen, wie die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen zukünftig aussehen soll. Wie wollen Sie

das sind Mittel, die notwendig sind, weil es gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind.

Wir haben zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen auch eine große Veranstaltung der Frauenhäuser durchgeführt, zu der auch die Fraktionen eingeladen waren. Sie waren leider genau wie die CDU-Fraktion bei dieser Veranstaltung nicht vertreten. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn Sie wirklich einmal von denjenigen, die in Nordrhein-Westfalen den Gewaltschutz für Frauen durchsetzen, die ihn umsetzen, die mit den Frauen tagtäglich im Austausch über ihre Gewaltsituation stehen, die Berichte und die Zahlen gehört und die Notwendigkeit erfahren hätten, welche zusätzlichen Bedarfe wir haben, statt dass wir weniger Bedarfe haben.

Der Vorwurf, der von Frau Milz im Raum stand, wir hätten in Nordrhein-Westfalen im Frauenbereich keine neue Ideen, wir würden nur an alten Konzepten festhalten – Frau Milz, auch das spricht nicht dafür, dass Sie sich inhaltlich mit den Themen beschäftigen. Wir hatten eine große Diskussion zum Thema des Runden Tisches Prostitution auch im Ausschuss, in der die Fachabteilung vorgestellt hat, wie in Nordrhein-Westfalen das Konzept aussieht und wie der Diskussionsprozess ist. Wir haben bundesweit Anfragen aus anderen Bundesländern, die die Berichte des Hauses haben wollen. Sie haben mitbekommen, wie unsere Gespräche zur Weiterentwicklung des Landesaktionsplans gegen Gewalt stattfinden. Sie waren selber mit eingeladen, Bestandteil der Erarbeitung des Aktionsplans gegen Homophobie zu sein.

Ich kann nicht verstehen, dass Sie auf der einen Seite all die partizipativen Prozesse nicht mitgehen, dass Sie nicht dabei sind, aber am Ende sagen: Da passiert nichts. – Wer nicht hinschaut, sieht auch nichts. Auch da kann ich nur sagen: Ich würde mir wünschen, wenn Sie die Diskussion wirklich im Ausschuss führen und die Fragen an der Stelle vortragen würden. Denn in Nordrhein-Westfalen geschieht viel. Sie müssen nur hinschauen, damit auch Sie es vielleicht wahrnehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zu Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4415, den Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte sich dieser Beschlussempfehlung anschließen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein, CDU und FDP. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem fest-

gestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 15 in zweiter Lesung angenommen.**

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu der vorhin ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Einzelplan 07 betrifft das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Hier empfiehlt uns der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 16/4407, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer möchte sich dem anschließen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein, CDU und FDP. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Dann ist auch der **Einzelplan 07 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe nun auf

Einzelplan 10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4470 hin.

Ich eröffne die Aussprache zum

Teilbereich Umwelt und Naturschutz

Herr Kollege Deppe für die CDU-Fraktion hat das Wort.

(Unruhe)

– Herr Kollege Deppe, warten Sie einen Moment, bis alle draußen sind. Dann haben Sie die Chance, in einem etwas ruhigeren Plenarsaal zu reden. Lassen Sie sich ruhig die Zeit. Wenn die Türen bitte geschlossen werden könnten, dann kann Herr Kollege Deppe beginnen.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Bericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ aus dem Jahre 1987 wurde ein Begriff definiert, der heute zu Recht in keiner ordentlichen, die Zukunft beschreibenden Rede fehlt. Ich spreche vom Begriff der Nachhaltigkeit.

Seit 2010 ist der Umweltetat jedes Jahr gestiegen – von ursprünglich 744 Millionen € auf im kommenden Jahr 913 Millionen €. Alle Steigerungen sind mit neuen Schulden erkaufte und müssen von den zukünftigen Generationen bezahlt werden.

Herr Rimmel, in Ihrer Einbringungsrede haben Sie siebenmal das Wort „nachhaltig“ verwendet. Aber

